

Zwischen ‚Policy Determination‘ und ‚Bekenntnisritual‘. Anmerkungen zum EP-Wahlkampf und zu seinem Ergebnis in Österreich

*Heinrich Schneider**

Wahlkämpfe und Wahlen zum Europäischen Parlament: Was fand da statt?

Das Europäische Parlament ist neu gewählt, Wahlkampf und Wahlergebnis wurden, wie üblich, analysiert – im Blick auf die politischen Konsequenzen für die künftige Politik der Union, aber auch auf die Befindlichkeit der Unionsbürger, vor allem ihre Einschätzungen und Einstellungen in Bezug auf das Parlament.¹

Vorangegangen waren Appelle an die Wahlberechtigten, aus Brüssel, aus anderen Hauptstädten, aber auch von wohlmeinenden Autoren und Gruppierungen, doch ja die Stimme abzugeben. Selbst in einer Zeitschrift, die vor allem wissenschaftliche Analysen bieten möchte, war zu lesen: „Teilnahme an der Europawahl ist erste Bürgerpflicht“ oder „Mitwirken an Europa ist kein politischer Luxus“.²

Besonders erfolgreich war das gute Zureden nicht, der Abwärtstrend setzte sich fort, was mancherlei Kommentare auslöste. Ein recht pointierter, wenn auch argumentativ nicht ganz neuer, war einem angesehenen deutschen Politikwissenschaftler zu verdanken: Teile man dem Wähler mit, er würde „ein machtvolleres Verfassungsorgan [...] bestellen“, gibt man ihm aber „keine Möglichkeit [...], mit seiner Stimme eine für ihn selbst durchschaubare Entscheidung zu treffen, dann grenzt das [...] an politischen Zynismus“. Eigentlich gehe es nicht um eine Entscheidung, sondern um ein „Bekenntnis zu Europa“ – „Wahlen als Bekenntnisrituale sind aber Merkmale ganz anderer politischer Systeme, nicht der Demokratie“. Die niedrige Wahlbeteiligung sei kein Wunder.³

Immerhin war in Österreich, entgegen dem Trend, die Wahlbeteiligung höher als 2004. Auch dafür gab es Erklärungen: Dort sei es „wie kaum in einem anderen Land gelungen, die Wahl für die schlimmsten Exzesse zu missbrauchen“.⁴ Es stimmt: Der Wahlkampf hat in diesem Mitgliedstaat bizarre Blüten getrieben. Das sollte wahrgenommen werden, nicht einem Infotainment zuliebe, sondern weil derlei Mosaiksteine dem Gesamtbild des EU-Parlamentarismus durch die Einbeziehung seines elektoralen Unterholzes sonst vielleicht übersehene Dimensionen verleihen, womöglich sogar zu einer Überprüfung gängiger Sichtweisen anregen könnten.

* Prof. Dr. Heinrich Schneider, Universität Wien; Institut für Europäische Politik, Berlin.

1 Vgl. Rudolf Hrbek: Europawahl 2009: mehr als die Summe nationaler Sekundärwahlen?, in diesem Heft, S. 193-209 und Oskar Niedermayer: Das Europäische Parlament in der öffentlichen Meinung – bekannt aber wenig relevant, in diesem Heft, S. 231-245.

2 Melanie Piepenschneider: Die EU nach Lissabon – bürgernah, bürgerfreundlich, bürgertauglich?, in: *integration* 2/2009, S. 153-166, hier S. 164 und 166.

3 Peter Graf Kielmansegg: Die Europawahl als Bekenntnisritual, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.06.2009. Bestätigt wird diese Sicht durch den Hinweis Oskar Niedermayers auf die Eurobarometer-Befunde über die geringe Relevanz, die die Bürger den Entscheidungen des Europäischen Parlaments zumessen. Niedermayer: Das Europäische Parlament in der öffentlichen Meinung, 2009, S. 244-245 [Fazit].

4 So der langjährige Vorsitzende der PSE-Fraktion Martin Schulz in einem Interview mit Georg Hoffmann-Ostenhof und Otmar Lahodynsky: Martin Schulz „Europa hat keinen Kurs“, in: *profil*, 15.06.2009, S. 63.

Weichenstellende und symbolische Funktionen von Institutionen (Wahlen eingeschlossen)

Dazu ist freilich die Besinnung auf einige Zusammenhänge ratsam, begriffliche und kontextuelle.⁵ Manches davon ist trivial; etwa die Erinnerung an die Diskrepanz von europäischen und nationalen Parlamentswahlen, insofern diese eine für den Wähler erkennbare entscheidende Rolle im Prozess der ‚policy determination‘ spielen.⁶ Dass das für die EP-Wahlen nicht gilt, macht sie für den zitierten Grafen Kielmansegg zum bloßen ‚Bekennnisritual‘.

Ist das wirklich so einfach? Immerhin ist eine ähnliche Einschätzung ‚regulärer‘ Parlamentswahlen in Milieus ‚kritischer Politikwissenschaft‘ längst geläufig – nicht nur bei ‚Achtundsechzigern‘.⁷ In Österreich interpretierten höchst verfassungstreue, der ÖVP angehörende oder nahestehende Autoren Parlamentswahlen als „Demokratierituale“.⁸ ‚Pseudopolitik‘ trete im Kampf um die Stimmen an die Stelle gar nicht stattfindender oder den Bürgern verhehlter ‚wirklicher‘ Politik. Den Bürgern⁹ würde solche vorgegaukelt, sie würden auch vermittels entsprechender Aufmerksamkeit erregender Darstellungen partizipativ beschäftigt und so bei der Stange gehalten. In Wahlkämpfen erreiche die ‚Pseudopolitik‘ ihren rituellen Höhepunkt.¹⁰ Ritualisierung von Parlamentswahlen fände keineswegs nur in totalitären Systemen statt (worauf Graf Kielmansegg anspielte – wobei dort jedoch den Stimmbürgern Einheitslisten zur Zustimmung vorgelegt wurden, sodass es keine Entscheidungsalternativen gab, vom Wahlboykott abgesehen).

- 5 Dieser Beitrag war zunächst als eher vordergründig angelegte Glosse in Aussicht genommen worden. Die Reflexion des zugrunde liegenden Materials (in Gestalt von etlichen Hunderten Zeitungsbeiträgen, Inseraten und Plakاتفotos) regte aber zu einem einschlägige politikwissenschaftliche Diskussionsbeiträge einschließenden Rasonnement an.
- 6 „Indem die Wählerschaft bestimmte Parteien oder Personen, die eine bestimmte Partei repräsentieren, in die Versammlung wählt [...], nimmt sie am Machtprozeß aktiven Anteil. Durch den Wahlvorgang gibt sie den künftig zu treffenden politischen Grundentscheidungen die bestimmende Richtung“. Karl Loewenstein: Verfassungslehre, deutsch, Tübingen 1959, S. 267. ‚Policy determination‘ (beginnend mit der Entscheidung über die Grundordnung einer ‚polity‘) ist für Loewenstein eine der wesentlichen „Staatsfunktionen“, neben ‚policy execution‘ und ‚policy control‘, und beiden zugrunde liegend. ‚Policy control‘ (als „Geltendmachung und Erzwungung politischer Verantwortlichkeit“, Loewenstein: Verfassungslehre, 1959, S. 48) geschieht ebenfalls im Zug von Parlamentswahlen, weil die Wähler über Befugnisse und Machtchancen anderer individueller und kollektiver Akteure entscheiden, etwa durch die Wiederwahl oder Abwahl bisher regierender beziehungsweise mitregierender Kräfte. Loewenstein: Verfassungslehre, 1959, S. 46.
- 7 Vgl. den mit der Erinnerung an Vilfredo Pareto verknüpften Hinweis auf die „Ausstaffierung“ eines Herrschaftssystems „mit der Ornamentik parlamentarisch-demokratischer Einrichtungen und Gepflogenheiten“ im Kultbuch von Johannes Agnoli/Peter Brückner: Die Transformation der Demokratie, Frankfurt/Main 1968, S. 11. Als Beleg wurde dort der Aufsatz von Günther Müller, MdB, in der „Zeit“ vom 21. Oktober 1966 zitiert (Müller war zunächst Vorsitzender der bayerischen Jungsozialisten, die Bundestagskarriere beendete er als CSU-Mitglied). Günther Müller: Ist der Bundestag nur eine Dekoration?, in: Die Zeit, 21.10.1966.
- 8 Siehe Fritz Plasser/Peter A. Ulram/Manfried Welan (Hrsg.): Demokratierituale. Zur politischen Kultur der Informationsgesellschaft, Wien/Köln/Graz 1985 (die Herausgeber sind habilitiert, einer war Vorsitzender der Rektorenkonferenz und ÖVP-Parlamentarier). In besagtem Buch wird über die „Inszenierung von Pseudopolitik“ räsoniert; vor allem in der „Politikvermittlung“ durch Medien und Wahlkampfaktivitäten würden „Images“, Gefühle und Affekte zunehmend Programme, Argumente und Sachlösungen überlagern; neue Herausforderungen würden die Problemlösungskapazität des politisch-administrativen Systems überfordern, dies erhöhe den Bedarf von „symbolischer Politik“ als „Pseudopolitik“, die die „Loyalitätsbereitschaft“ und das Vertrauen der Bürger manipulativ aufrecht zu erhalten hätte.
- 9 Bei der Verwendung derartiger Begriffe sind weibliche wie männliche Varianten im Folgenden stets mitgemeint.
- 10 Etwa in Fernsehduellen der Protagonisten, die dann wie „Komödianten in der elektronischen Zirkusarena“ auftreten; so schon Fritz Plasser/Peter A. Ulram: Unbehagen im Parteienstaat, Wien/Köln/Graz 1982, hier S. 91 und 94.

Symbolische Dimension der Politik in unterschiedlicher Sicht

Den Interpretationen ritualisierter ‚symbolischer‘ Politik liegen Thesen zugrunde, die vor Jahrzehnten Murray Edelman populär gemacht hat.¹¹ Politische Institutionen und Handlungen weisen allemal eine realpolitisch-instrumentelle und eine symbolisch-expressive Dimension auf, je in ganz unterschiedlichem Gewichtsverhältnis. Gerade Wahlen seien ein ‚hervorragendes Beispiel‘ für eine ‚symbolische Politik‘, die systemstabilisierende Mythen zur Geltung bringe, etwa den der Rationalität und des demokratischen Charakters des etablierten Systems, insbesondere freilich den Aberglauben, der Wähler würde mit dem Stimmzettel überlegt und effektiv die Politik kontrollieren (Loewenstein spräche von ‚policy determination‘). Tatsächlich seien erwiesenermaßen die in der wirklichen Politik strittigen Fragen den meisten Wählern gar nicht bewusst, ihre „kognitive Vertrautheit“ mit den realpolitischen Problemen sei „gering“; das die Wahlentscheidung bestimmende „Interesse“ sei daher bei einem Großteil des Publikums wohl „eine Funktion anderer soziopsychologischer Faktoren“.¹² Wahlen geben dem Wähler Gelegenheit, Unzufriedenheit (womit auch immer) zu artikulieren und sich als Teilnehmer an der Politik zu fühlen. Auch in der Demokratie sei die Wahlbeteiligung weniger die Mitwirkung an der Formulierung von ‚policies‘, als vielmehr Teilnahme an einem Ritual, das seine systemstabilisierende Funktion indessen nur erfüllt, wenn der allgemeine Aberglaube an die ‚policy determination‘-Funktion nicht erschüttert wird.¹³ Politiker seien daher interessiert, eine entsprechende Aufklärung durch Politikwissenschaftler oder Sozialpsychologen zu verhindern.¹⁴ Dass es neben solchen Aufklärern auch akademische Autoren und Akteure gibt, die – sei es naiv, sei es kritische Sichtweisen bewusst verdrängend – die gängigen Mythen affirmativ aufrecht erhalten, versteht sich für Edelman von selbst.

Gegenüber dem kruden Dualismus der guten und rationalen sowie der bösen und irrationalen Dimension politischer Institutionen (die eine realisiert die Demokratie, die andere inszeniert und verbreitet Lug und Trug) sind inzwischen überlegtere und differenziertere Sichtweisen entwickelt worden.

Einerseits würden im Zeitalter unvermeidlich massenmedialer Politikvermittlung Sein und Schein, in der Sicht der Analytiker voneinander entkoppelt, tendenziell ununterscheidbar.¹⁵ Andererseits erweise sich Edelmanns Darstellung als Konsequenz eines anfechtbaren Vorverständnisses des Politischen. Jürgen Gebhardt hat, davon ausgehend, gezeigt, dass insbesondere die Verfassung als grundlegende Institution eines politischen Gemeinwesens ihre „instrumentelle“ Hauptfunktion als Organisationsstatut zur Regelung des politischen Pro-

11 Die grundlegenden Publikationen sind 1964 und 1971 erschienen; für die Rezeption im deutschen Sprachbereich war grundlegend: Murray Edelman: *Politik als Ritual*. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns, Frankfurt/Main/New York 1976.

12 Siehe Edelman: *Politik als Ritual*, 1976, S. 2, 26-27 und öfter. Der Verfasser des Beitrags erinnert sich an die Betroffenheit nach der Lektüre des EMNID-Berichts über die im Anschluss an die Bundestagswahlen 1961 durchgeführten Intensivuntersuchungen mit halbstrukturierten Interviews, denen zufolge die Wahlentscheidung eines großen Teils der Wähler mangels politischen Interesses und politischem Wissen in starkem Maße von politisch (insbesondere wahlpolitisch) inadäquaten Motiven abhängig ist (zum Beispiel davon, wie der Ehepartner wählt, sodass man dem ehelichen Konsens zuliebe so abstimmt wie er, oder aber – weil man im Konflikt lebt – gerade anders; oder ganz anders als der nicht gemochte Chef). Vgl. Viggo Graf Blücher u.a.: *Der Prozeß der Meinungsbildung*, dargestellt am Beispiel der Bundestagswahl 1961, Bielefeld (EMNID GmbH & Co) 1962.

13 Vgl. Edelman: *Politik als Ritual*, 1976, S. 3. Überdies dienen öffentliche politische Auseinandersetzungen, zuvörderst Wahlkämpfe, auch der Verbreitung von speziellen, die Wähler emotional beziehungsweise affektiv ansprechenden Mythen, wie Feindbildern, Bildern von Helden und Rettern manichäische Polarisierungen, Verschwörungsideen, Hochstilisierung bestimmter Interessen zum nationalen Anliegen, zumeist zur Vereinfachung komplexer Zusammenhänge zu simplen positiv oder negativ besetzten Leitbildern, usf.

14 Edelman: *Politik als Ritual*, 1976, S. 109.

15 Vgl. zum Beispiel Thomas Meyer: *Von den Fallstricken der symbolischen Politik*, in: Rüdiger Voigt (Hrsg.): *Politik der Symbole. Symbole der Politik*, Opladen 1989, S. 9-38.

zesses nur aufgrund ihrer „sinnstiftenden symbolischen Funktion“ erfüllen kann.¹⁶ Diese, auskristallisiert in einem Komplex von Leitideen, begründet und rechtfertigt Loyalität und gibt daher der Verfassung ihre normative Kraft.¹⁷

Eine solche Funktion kommt politischen Institutionen generell zu: sie leisten nicht nur ‚Steuerung‘ als Regulierung von Handlungsoptionen, sondern auch Integration eines Kollektivs (auch und besonders eines Gemeinwesens) durch die symbolische Darstellung von Sinngehalten, die den Mitgliedern einen Orientierungsrahmen für ihr Handeln und das Innewerden der Zugehörigkeit bietet – wobei ‚Steuerung‘ und ‚Integration‘ miteinander verschränkt sind.¹⁸ Dabei ist der Symbolgehalt – anders gesagt: die Leitidee, im Sinn von Maurice Hauriou, „idée directrice“ – stets das Ergebnis temporärer, fragiler, umstrittener Auseinandersetzungen.¹⁹

Ein etwas anderer Blick auf das Ringen um Wählerstimmen

Klarerweise unterscheiden sich die EP-Wahlen funktional in mehrfacher Hinsicht von nationalen Parlamentswahlen, zum Beispiel weil es bei ihnen in weit schwächerem Maß um die Chancen der Bürger geht, auf den unionalen ‚policy determination‘-Prozess effektiv einzuwirken – die ‚less-at-stake‘-Einschätzung wird von Parteipolitikern und von Stimmbürgern, aber auch von Medienmachern geteilt.²⁰ Demgemäß ist seit jeher die Formel von den ‚nationalen Sekundärwahlen‘ üblich.²¹

- 16 Jürgen Gebhardt: Verfassung und Symbolizität, in: Gert Melville (Hrsg.): *Institutionalität und Symbolisierung. Verstetigungen kultureller Ordnungsmuster in Vergangenheit und Gegenwart*, Köln/Weimar/Wien 2001, S. 585-601, hier S. 586ff. Edelman und seine von Gebhardt namhaft gemachten Gewährsleute hätten diese symbolische Funktion im Horizont einer fragwürdigen Anthropologie kurzschlüssig gedeutet. Mehrere Beiträge dieses Sammelbandes sind, wie auch etliche in Gerhard Göhler (Hrsg.): *Die Eigenart der Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie*, Baden-Baden 1994, zur Vergegenwärtigung des wissenschaftlichen Kontexts der hier skizzierten Komplexe unerlässlich. In diesem Beitrag werden dazu nur knappe Andeutungen referiert.
- 17 Vgl. zum Beispiel Heinrich Schneider: *Der Post-Nizza-Prozess: ein direkter Anlauf zur Konstitutionalisierung der Europäischen Union?*, in: *integration* 2/2001, S. 198-207, hier S. 200. Hier die dritte und die vierte von 10 Thesen: „Das Bedürfnis nach einer ‚idée directrice‘ und das Erfordernis normativer Kraft“; „Verfassungsloyalität als Kriterium des Verfassungscharakters“.
- 18 Gerhard Göhler: *Politische Institutionen und ihr Kontext*, in: Gerhard Göhler (Hrsg.): *Die Eigenart der Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie*, Baden-Baden 1994, S. 19-46, hier vor allem S. 38-39, S. 40-41. ‚Steuernde‘ Politik kann sich orientierend und integrativ wirksamer Symbole zu bedienen suchen, unter Umständen auch (aber nicht nur) zwecks Durchsetzung bestimmter Politikinhalte (darauf legt Edelman das Augenmerk).
- 19 Göhler: *Politische Institutionen und ihr Kontext*, 1994, S. 42, Anm. 29. Dazu auch Karl Siegbert Rehberg: *Institutionen als symbolische Ordnungen*, in: Gerhard Göhler (Hrsg.): *Die Eigenart der Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie*, Baden-Baden 1994, S. 47-84, hier S. 57: „Das Institutionelle an einer Ordnung ist die symbolische Verkörperung ihrer Geltungsansprüche“; ebenda, S. 67: „Leitideen [nämlich von Institutionen] symbolisieren jeweils durchgesetzte Ordnungsarrangements“; sind „nie im Singular zu denken“, „jede von ihnen ist eine Synthese von Widersprüchlichem“. Zugrunde liegt „die Realität soziale[r] Kämpfe, das machtgestützte Einfrieren von Kampfergebnissen und situativen Kompromissen“. Spannungen werden in die Latenz abgedrängt, Alternativen verdeckt. Daher ist die Analyse von Leitideen keine „idealistische“ Angelegenheit (ebenda, S. 69). Die Verknüpfungen mit Machtprozessen und Machtkonstellationen ist eine Sache für sich (ebenda, S. 70ff.).
- 20 So Jürgen Mittag/Claudia Hülsken: *Von Sekundärwahlen zu europäisierten Wahlen? 30 Jahre Direktwahlen zum Europäischen Parlament*, in: *integration* 2/2009, S. 105-122, hier S. 115.
- 21 Siehe Karlheinz Reif/Hermann Schmitt: *Nine Second-Order National Elections – A conceptual Framework for the Analysis of European Election Results*, in: *European Journal of Political Research* 1/1980, S. 3-45. Manche Parteien verleitet das zur Instrumentalisierung der Wahlkämpfe für andere Ziele, etwa für bevorstehende andere Wahlen (in Österreich waren das 2009 die bevorstehenden Wiener Landtags- und Gemeinderatswahlen) oder für die Verbreitung ihnen generell wichtiger Parolen und Lagebilder. Den Wählern sei es zunehmend um die „Abstrafung von nationalen Regierungsparteien“ gegangen. Mittag/Hülsken: *Von Sekundärwahlen zu europäisierten Wahlen*, 2009, S. 116.

Hält man sich das zuletzt Ausgeführte vor Augen, dann wird diese Formel nicht desavouiert, aber in einen etwas erweiterten Kontext gerückt.

Man erhält bereits ein etwas anderes Gesamtbild, wenn man das Funktionenspektrum von Parlamentswahlen nicht, wie das zuweilen geschieht, auf die Dimensionen der Beeinflussung von ‚policy determination‘-Prozessen einengt. Zur Konzipierung dieses Spektrums liegt es nahe, den Funktionenkatalog des jeweiligen Parlaments heranzuziehen.²² Dann wird auch die Bedeutung von Wahlen nicht auf die Mitwirkung der Stimmbürger an ‚policy determination‘ und ‚policy control‘-Vorgängen eingeengt. Die Funktionen der symbolischen Sinngebung und der Integration werden in entsprechenden Katalogen nicht einfach ignoriert; dennoch wird ihre Bedeutung nicht immer angemessen erkannt.

Oft wird dem Europäischen Parlament als einzigem direkt gewähltem EU-Organ eine Schlüsselrolle für die Apperzeption des demokratischen Charakters und für die Legitimität der Union zugesprochen. Eben darum gilt die Wahlbeteiligung als eine prekäre Größe. Dass indessen im Jahre 2007 lediglich 48 Prozent der Schweizer Bürger an der Nationalratswahl teilgenommen haben, und 2003 gar nur 45 Prozent, brachte kaum jemanden dazu, die Akzeptanz oder die Legitimität der eidgenössischen ‚Polity‘ infrage zu stellen.

Im Fall der Union ist das anders. Sie steht im Akzeptanz- und Legitimitätszweifel. Manche Kräfte wollen sie politisch schwächen und die Supranationalität abbauen, andere wollen das Gegenteil. Der ‚Polity‘-Charakter schillert. Unterschiedliche, auch in sich spannungsvolle ‚Leitideen‘ prägen das Denken und Handeln von Politikern und schlagen sich vielleicht auch im Bewusstsein der Bürger nieder.

Inwieweit ist die Union eine von Staaten, respektive eine von Bürgern? Wie wird, wenn überhaupt, im Hinblick darauf die Unionsbürgerschaft wahr-, gar ernst genommen? Welche Rolle spielt, damit verbunden, die Wahlbeteiligung als ein Politikum eigener Art? Ist sie

22 Naheliegend wäre zum Beispiel die Auflistung von jeweils mehreren ‚Output‘- (I) und ‚Input‘- (II) Funktionen, etwa:

- (I.1) die Wahl, aber unter Umständen auch die Vorbildung oder (so wie das Max Weber sah) Vorausqualifizierung von Führungspersonal (für das Parlament selbst, aber auch für Gubernativ- und Exekutivämter, im Fall der parlamentarischen Benennung von höchstgerichtlichen Richtern auch für Judikativämter);
- (I.2) die Gesetzgebung (auch über den Haushalt), unter Umständen zusammen mit anderen Organen (in Deutschland mit dem Bundesrat);
- (I.3) die Kontrolle von Gubernative und Exekutive (im parlamentarischen Regierungssystem zum Beispiel die Abberufung der Regierung);
- (II.1) die Artikulation und Aggregation von politischen Willensgehalten (‚Interessen‘);
- (II.2) die Herstellung von Öffentlichkeit und die Kommunikation mit den Bürgern, die Artikulation und Distribution von Impulsen zur öffentlichen Meinungs- und Urteilsbildung.

Für die Betrachtung des Europäischen Parlaments war vor rund einem Menschenalter die von Walter Bahegots klassischer Darstellung (Walter Bahegot: *The English Constitution*, 1867) ausgehende, von Eberhard Grabitz und Thomas Läufer zusammengestellte Funktionenliste erstellt worden, wobei die Orientierung an einem staatlichen Parlament zur Feststellung etlicher Funktionsdefizite führte, die zu überwinden die Autoren dem Parlament nahelegten. Eberhard Grabitz/Thomas Läufer: *Das Europäische Parlament*, Bonn 1980, S. 361-363.

Zehn Jahre später wurde vor allem die ‚Mitgestaltungsfunktion‘ betont, nämlich in dem von Wolfgang Wessels und Otto Schmuck edierten Band *„Das Europäische Parlament im dynamischen Integrationsprozeß“*, und zwar in dreifacher Hinsicht:

- in Bezug auf die ‚Systemfortbildung‘, sozusagen das ‚policy building‘ (im Sinne von Verfassungspolitik);
- in Bezug auf die Gestaltung der ‚policies‘; sowie
- in Bezug auf die Rolle im Interaktionsprozess zwischen der Gemeinschaft und den Bürgern.

Vgl. TEPSA-Forschungsgruppe: Vom „Forum“ zum „Mitgestalter“: Konzepte für das Europäische Parlament, in: Wolfgang Wessels/Otto Schmuck (Hrsg.): *Das Europäische Parlament im dynamischen Integrationsprozeß: Auf der Suche nach einem zeitgemäßen Leitbild*, Bonn 1989, S. 31-50, hier S. 34-38; Oskar Niedermayer/Karlheinz Reif: *Das Europäische Parlament und die Bürger: Schwierigkeiten der Mobilisierung*, in: Wolfgang Wessels/Otto Schmuck (Hrsg.): *Das Europäische Parlament im dynamischen Integrationsprozeß: Auf der Suche nach einem zeitgemäßen Leitbild*, Bonn 1989, S. 199-212, hier S. 206-209.

zum Beispiel durch die Neigung bestimmt, den Regierenden einen Denkzettel zu verpassen, oder durch die Gewohnheit, der Partei, mit der man sich verbunden fühlt, Sukkurs zu geben? Oder denken nennenswerte Anteile des Elektorats an eine Chance, eigene politische Überzeugungen oder Präferenzen effektiv in die Politik einzubringen? Sind etwa gar Vorstellungen wie die einer moralischen Bürgerpflicht wirksam, bis hin zur Idee, mit der Ausübung des Wahlrechts engagierte man sich für die Demokratie?²³ (Das mag desto eher der Fall sein, je plausibler die These vom ‚Demokratiedefizit‘ der Union erscheint, wie sie bekanntlich, nach einigen eher beiläufigen akademischen Erörterungen, vor allem von den Parlamentariern selbst ins Spiel gebracht wurde.)

Befürworter der Vertiefung der Union müssten daher an einer höheren Wahlbeteiligung interessiert sein – aber zugleich auch an der Stimmabgabe für integrationsfreundliche Kräfte.

Diesbezüglich haben sich die Umstände mittlerweile geändert: Das Angebotsspektrum an unionsaffirmativen und unionskritischen Parteien stellt sich in manchen Mitgliedstaaten nunmehr anders dar als früher. Für einen Akt dezidierter Ablehnung der Union und ihrer Politik bietet sich nicht mehr einfach der Wahlboykott (oder eine ‚ungültige‘ Stimmabgabe) an, sondern das Votum zugunsten einer von mehreren unionskritischen Listen.

Wahlkämpfe führen indessen nicht nur dazu, dass das zu wählende Organ so wie bisher zusammengesetzt ist, oder auch anders, und dass es daraufhin mehrheitlich oder konsensuell diese oder jene Projekte voranbringen kann, was im Fall des Europäischen Parlaments vor allem die Nutzung der ‚Mitgestaltungs‘-Befugnisse betrifft. Die Chance, dass das Europäische Parlament das öffentliche Bewusstsein während der ganzen Wahlperiode hindurch massiv mit europapolitischen Ideen imprägniert, im Sinne der ‚teaching function‘ bei Walter Bagehot, hat sich ja als ziemlich gering erwiesen.

Eher haben gerade Wahlkämpfe eine ‚teaching function‘ – oder sollten sie haben: vieles spricht dafür, dass sie, falls sie überhaupt intensiv betrieben werden, stärker als die alltägliche (oft eher spärliche) Medienberichterstattung über die Brüsseler und die heimische Europapolitik auf die allgemeine Apperzeption der Europäischen Union und ihrer Politik einwirken – auch dann, wenn die Parteien ihre Kampagnen „allenfalls oberflächlich mit Europabezügen etikettierten [...] Themen“, mit relativ vagen Parolen und mit der „Betonung der eigenen Europakompetenz“²⁴ bestreiten.

In den Wahlkämpfen spielt sich ein Ringen nicht nur um das Kräfteverhältnis im künftigen Parlament (und damit um Chancen für unterschiedliche Personal- und ‚Policy‘-Entscheidungen) ab, sondern – vielleicht überpointiert gesprochen – um die Realität der Europäischen Union selbst, nämlich um ihren ontischen Status; insbesondere um die Wahrnehmung und um die Bejahung oder Ablehnung ihres ‚Polity‘-Charakters im Meinungs- und Einstellungsfeld der Allgemeinheit. Direkt oder indirekt werden in EP-Wahlkämpfen jene ‚Leitideen‘ thematisiert, die nicht nur der künftigen Europapolitik ihren Sinn

23 Letzteres etwa im Gedanken daran, dass sich manche Mitgliedstaaten die Stärkung der Parlamentsbefugnisse nur gegen Widerstreben abringen ließen, sodass ein abermaliger Rückgang der Wahlteilnahme sich dahin auswirken könnte, dass die Bereitschaft zur Fortführung dieser Tendenz abgestoppt wird – so, wie die heiklen Ergebnisse von Referenden es manchen ‚Herren der Verträge‘ nahe legen könnten, Europapolitik doch lieber wieder über die Köpfe der Bürger hinweg oder an ihnen vorbei zu betreiben. Solche Überlegungen setzen voraus, dass es nicht nur einerseits interessenbedingt inszenierungsgeneigte ‚Realpolitiker‘ sowie die ihnen zu Dienst stehenden Regisseure und Manipulateure der Politikdarstellung gibt und andererseits die berieselte und beeindruckte Wählermasse (so wie das Edelman unterstellt), sondern auch einigermaßen aufgeklärte, kritische Wähler und unter diesen im hier betrachteten Kontext EU-Anhänger, EU-Gegner und kritisch Abwägende.

24 So Mittag/Hülken: Von Sekundärwahlen zu europäisierten Wahlen, 2009, S. 109.

geben, sondern deren Geltung und Anerkennung die Bedingung dafür ist, dass sich die normative Kraft unionaler Institutionen und ihrer Entscheidungen durchsetzen kann.

Das ist für die Union besonders bedeutsam, ja heikel, weil ihre strukturelle Eigenart seit jeher mit einem komplexen Miteinander und Gegeneinander von Leitideen verknüpft war und ist, in deren jeweiligem Licht sich das institutionelle System unterschiedlich darstellt. Deshalb fanden europapolitische Kontroversen in aller Regel auch als Ringen um prekäre, in sich spannungsvolle, auch die Interpretation der Rechtsordnung prägende Konkurrenz- und Konfliktkonstellationen von Leitideen statt.²⁵ Daran waren und sind zwar produktiv und distributiv vor allem Politiker, Richter (etwa in Luxemburg, Karlsruhe oder Prag), Wissenschaftler und Literaturproduzenten (von Magazinmitarbeitern bis zu Tageszeitungskommentatoren und -redakteuren) beteiligt; der Niederschlag der Auseinandersetzungen im allgemeinen Bewusstsein hält sich in engen Grenzen, erst recht der im Wissens- und Einstellungshaushalt der Normalbürger, die – im Unterschied zu den Mitgliedern der europapolitischen Klasse – überwiegend andere Sorgen haben. Gleichwohl wäre es verfehlt, diesem Niederschlag Irrelevanz zuzuschreiben – immerhin hat sich die Entfremdung zwischen den ‚Europa-Profis‘ und den Bürgern als Ursache von ernsthaften Krisen erwiesen. Dass solche nicht wieder auftreten könnten, wäre eine kühne Erwartung.

So sollte man den Blick auf EP-Wahlen und auf die ihnen vorausgehenden Wahlkämpfe nicht auf eine realpolitisch relevante Steuerungsleistung (erstens) sowie auf eine an Pseudowahlen in Diktaturen vergleichbare ‚Bekennnisritual‘-Funktion (zweitens) einengen. Ihre Rolle im Ringen um Geltung und Anerkennung der europapolitischen Leitideen, im Horizont der neueren Institutionen- und Symboldiskussion, verdient Aufmerksamkeit;²⁶ auch in der Perspektive politischer Kulturforschung.

25 Vgl. dazu oben Anmerkung 19. Beispiele für die konfliktträchtige Konstellation der Leitideen könnte man zuhauf vorstellen – eines sei *pars pro toto* angedeutet: Im Ringen um die der Deutung der EU-Verträge als maßgeblich zugrunde zu legende Leitidee gab es die These, die Vertragsväter hätten „gegenwärtig Unerreichbares durch in die Zukunft vorgeifende Rechtsbegriffe herbeireden“ wollen, durch die Einführung von Ausdrücken wie ‚Europäisches Parlament‘, ‚Unionsbürger‘ oder gar ‚Verfassung‘ (so zum Beispiel Paul Kirchhof). Andere Interpreten und Akteure meinten, das Integrationssystem sei unter der Hand zu einem Quasi-Staat geworden oder zumindest auf dem Weg zu dieser Transsubstantiation. Die Herrschaftsträger würden das aber nur zu gern verhehlen (so zum Beispiel Johannes Voggenhuber). Vgl. etwa Heinrich Schneider: Die neu verfasste Europäische Union: noch immer „das unbekannte Wesen“?, in: Mathias Jopp/Saskia Matl (Hrsg.): Der Vertrag über eine Verfassung für Europa, Baden-Baden 2005, S. 109-232.

26 Dazu können Inhaltsanalysen von Medienprodukten beitragen, wie auch Meinungs- und Einstellungsanalysen. Es wäre zu wünschen, dass diese über die üblichen Eurobarometererhebungen hinausgehen, wenn man erkunden will, welche Leitideen das Denken und Handeln der Bürger prägen.

Ob es wünschenswert und aussichtsreich wäre, Untersuchungen im Zusammenhang mit EP-Wahlkämpfen und -Wahlen auch daraufhin anzulegen und durchzuführen, dass sie auch die Bedeutsamkeit, den Stellenwert und das Gewicht europapolitischer Vorstellungen und Einstellungen im Seelenhaushalt der Bürger dadurch thematisieren, indem sie auch die sozusagen unterhalb der Oberfläche der Politik liegenden – ‚subjektiven‘ – Motive des Wahlverhaltens der Stimmbürger, einschließlich der übergewichtig wirksamen ‚höchstpersönlichen‘, in der ‚Policy‘-Perspektive der Politikwissenschaft inadäquaten Handlungsimpulse und Beweggründe in den Blick nehmen, sei dahingestellt. Ein solches Vorhaben würde auf eine Motiverkundung hinauslaufen, die der in Anmerkung 12 erwähnten EMNID-Untersuchung vergleichbar wäre. Der auf das Europäische Parlament bezogenen Wahlkampfanalyse und Wahlforschung wäre eine erhebliche dimensionale Ausweitung und Vertiefung zu wünschen. Die Resultate würden zum Nachdenken über einige demokratietheoretische und bürgerpädagogische Bilderbuch- und Fibelweisheiten anregen, die da und dort immer noch beliebt sind – in Festreden, jedoch auch noch in verfassungsgerichtlichen Argumentationen. Das Nachdenken wäre auch dann empfehlenswert, wenn man außer Zweifel stellt, dass die Ausübung des Wahlrechts eine höchstpersönliche Ermessensfrage der Wahlberechtigten darstellt und dass eine ‚politisch gewissenhafte‘ Wahlentscheidung moralisch-politisch erwünscht, aber – gewissermaßen um der politischen Gewissensfreiheit willen – der rechtlich relevanten Beurteilung durch andere entzogen ist.

Der Imagewandel der EU als Vorgeschichte: Vom Unterpand des Wohlergehens zu einer Macht des Bösen

Wer die europapolitische Debatte in der ‚politischen Klasse‘ und die akademische Diskussion dem gegenüberstellt, was den Unionsbürgern im letzten Wahlkampf geboten wurde, gewinnt den Eindruck, es mit verschiedenen Welten zu tun zu haben. Das gilt für Österreich womöglich in besonders hohem Maß. Ein renommierter Kommentator von „Gute[n] Nachrichten“: Arge Erwartungen seien widerlegt worden – „[d]ie Wahlbeteiligung werde sinken, antieuropäisches Sumpertum werde triumphieren, Rechtsextremismus insgesamt siegen“. Hingegen stieg die Wahlbeteiligung von rund 42 auf 46 Prozent – und dies nach einem „letztklassigen Wahlkampf“; die Jungwähler erwiesen sich als eher pro-europäisch.²⁷

Die Vorgeschichte ist bekannt. Vor allem ordnungspolitische Nötigungen standen hinter dem Beitrittsantrag; die SPÖ/ÖVP-Regierung war überzeugt, dass unabdingbare Reformen in Richtung Marktwirtschaft und zur Budgetsanierung nur mithilfe der Unterstellung unter das Gemeinschaftsrecht durchsetzbar wären, auch gegen Interessen in Teilen der je eigenen Klientel. Das wurde nicht laut verkündet, sondern eher die Aussicht auf mehr Sicherheit und Wohlstand. Die Volksabstimmung ergab eine satte Zweidrittelmehrheit für den Beitritt. Er setzte das Land alsbald frischem Wind aus, zum Missmut der Verlierer. Die Wende und die Osterweiterung brachten der österreichischen Wirtschaft neue Chancen, lösten jedoch Furcht vor den Folgen des Abbaus der Grenzen aus. Die ‚Maßnahmen der Vierzehn‘ im Anschluss an die ‚schwarz-blaue‘ Koalition (2000) wurden als Aktion ‚der EU‘ gesehen und führten zu einer nachhaltig negativen Einschätzung der Union: Sie wird von vielen „nicht als größere Heimat, sondern als eine Art Besatzungsmacht“ empfunden.²⁸ Rechtspopulisten verbreiteten die Vorstellung eines Komplotts zwischen den in der Regierung sitzenden ‚Volksverrättern‘ und den Mächten des Bösen in Brüssel.

Immerhin wurde das ‚Ja‘ zum Verfassungsvertrag noch von der Partei Jörg Haiders mitgetragen – sie gehörte der Koalition an; der spätere SPÖ-Kanzler Alfred Gusenbauer plädierte für eine unionsweite Volksabstimmung.

Als der Lissabon-Vertrag unterzeichnet wurde, feuerten FPÖ und die Haider-Neugründung BZÖ aus allen Rohren: FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache sprach von einer „Brüsseler Zentralkdiktatur“ und einem „europäischen Super-Einheitsstaat“, die Befürworter wollten „uns alle zu rechtlosen EU-Knechten machen“. Der BZÖ-Vorsitzende Peter Westenthaler nannte den Tag der Unterzeichnung einen „Tag des Verrats an Österreich“; Selbstständigkeit und Neutralität würden „endgültig zu Grabe getragen“. Die „Kronen-Zeitung“ erschien mit dem Aufmacher „Verfassungsbruch im Parlament“.

Die Umfrageresultate wurden immer EU-kritischer. Als zur Jahresmitte 2008 die Zustimmung der Bürger auf ärmliche 28 Prozent zurückging, schrieben Noch-Kanzler Alfred Gusenbauer und Schon-Parteivorsitzender Werner Faymann einen Brief an Hans Dichand, den 87-jährigen Herausgeber der „Krone“: Vertragsänderungen sollten künftig einem österreichischen Referendum unterzogen werden, und man wolle die Europäische Union zu einer „echten Sozialunion“ machen. Die ÖVP war schockiert, Vizekanzler Willi Molterer kündigte die Koalition auf: „Es reicht“. Neuwahlen im Herbst brachten aber einen SPÖ-Sieg, der weithin als Signal der Abkehr von der bisherigen EU-Loyalität der SPÖ wirkende Brief

27 Andreas Khol, langjähriger Parlamentspräsident: Gute Nachrichten für die EU, in: Die Presse, 29.06.2009. Im Folgenden werden für zahlreiche Feststellungen und Zitate keine Einzelbelegstellen angegeben, dies würde den Anmerkungsapparat ins Unangemessene ausweiten. Zugrunde liegen allemal direkte Kopien oder Berichte, die seriösen, verlässlich recherchierenden Zeitungen entstammen.

28 Barbara Coudenrove-Kalergi: Wie wir wurden, was wir sind, in: Der Standard, 06.05.2009.

an Dichand wurde nämlich von mehr als 60 Prozent der Österreicher positiv beurteilt. Faymann bildete eine neue Regierung mit dem neuen ÖVP-Obmann Josef Pröll. Dessen teilweises Nachgeben in der Referendumsfrage veranlasste Europa- und Außenministerin Ursula Plassnik zum Rücktritt; schon vorher war sie zur Lieblingsfeindin der „Kronen-Zeitung“ geworden.

Unter diesen Umständen bewegten sich die Parteien auf den EP-Wahlkampf zu.

FPÖ und BZÖ ließen weiterhin Breitseiten auf die Europäische Union und ihre heimischen Kollaborateure los. Die Beschimpfungen (neben der SPÖ auch die ÖVP und die Grünen) zeigten Wirkung – sie ersetzten ihre EU-Loyalität durch ein ‚Ja, aber‘, was dann auch bei der Nominierung der Spitzenkandidaten deutlich wurde. Offenkundig wollten sie über den Stamm ihrer Getreuen hinaus potenzielle Wähler ansprechen, die dazu dort abgeholt werden sollten, wo man sie vorzufinden meinte.

Entsprechende Umfragebefunde gaben zu denken. Die österreichischen Eurobarometer-Befunde waren seit Langem ernüchternd, aber die Umfrageresultate zu anderen politischen Einstellungen nicht weniger. Politikern wird nur von 17 Prozent Vertrauen entgegengebracht, Misstrauen von 82 Prozent. Der Europäischen Union vertrauten im Sommer 2007 lediglich 26 Prozent, der eigenen Regierung gar nur 16 Prozent.

Eine Untersuchung über den „Wertewandel“ in der Zeit von 1990 bis 2008 war geeignet, Bestürzung auszulösen:²⁹ Demokratieverdrossenheit wurde 2008 bei 46 Prozent der Befragten diagnostiziert, gegenüber 22 Prozent im Jahre 1999. Nur 5 Prozent konnten sich 2009 „sehr gut“ vorstellen, dass es „einen starken Führer“ gibt, „der sich nicht um ein Parlament und Wahlen kümmern muss“, aber immerhin 16 Prozent konnten sich das „ziemlich gut“ vorstellen. Zusammen waren das 21 Prozent, die Vergleichszahl zehn Jahre zuvor lag bei müden 11 Prozent. Ausländerfeindlichkeit kann man mittlerweile der Mehrheit zuschreiben (55 Prozent 2008, hingegen „nur“ 45 Prozent 1990). Die Recherchen ergaben einen Rückgang der Meinung, die Europäische Union sei vertrauenswürdig, von 36 Prozent im Jahre 1999 auf 26 Prozent im Jahr 2008.

Fast alle Parteien zogen daraus ihre Schlüsse, zuweilen in recht populistische Richtung.

Ein Wahlkampf läuft an, brave Parteien stellen sich auf

Die ÖVP stellte sich als ‚die‘ Europapartei dar; ihr bisheriger EP-Spitzenmann gilt als Europa-Fan ohne Wenn und Aber.³⁰ Die Parteiführung nominierte ohne Absprache mit Othmar Karas den früheren Innenminister Ernst Strasser.³¹ Daraufhin bildete sich ein Personenkomitee, das um Vorzugsstimmen für Karas warb;³² mit Erfolg: Karas erhielt 112.954 Vorzugs-

29 Christian Friesl/Regina Polak/Ursula Hamachers-Zuba (Hrsg.): Die Österreicher innen. Wertewandel 1990-2008, Wien 2009.

30 Er hatte einmal angeregt, der ‚Europatag‘ (der 9. Mai) sollte ein zweiter österreichischer Nationalfeiertag werden; allerdings hatte Andreas Khol schon nach dem Beiritt Österreichs gemeint, die Republik solle den Tag der Volksabstimmung (den 12. Juni) anstelle des 26. Oktober zum Nationalfeiertag machen (Der 26. Oktober gilt als der Tag, an dem die letzten Besatzungstruppen das Land verließen. Ebendeshalb wurde an diesem Tag auch das Gesetz über die Neutralität beschlossen – es sollte nicht so aussehen, als ob das unter dem Eindruck der Präsenz fremder Mächte geschähe.).

31 Vorhaltungen der Opposition über die parteipolitische ‚Umfärbung‘ des Ministeriums hatten zu einer parlamentarischen Untersuchung geführt. Inzwischen war Strasser in die Wirtschaft gegangen. – Die Opposition unterstellte Strasser, er wolle den EP-Sitz vor allem im Dienste seines Lobbying nutzen, was dieser empört dementierte. Allerdings lehnte er die Bekanntgabe seiner Einkünfte aus Firmenbeteiligungen ebenso ab wie das Ansinnen, diese Firmenbeteiligungen aufzugeben – er wolle nicht zum ‚Berufspolitiker‘ werden.

32 Ihm gehörten alle noch lebenden früheren ÖVP-Vorsitzenden an (Josef Taus, Alois Mock, Erhard Busek, Josef Riegler, Wolfgang Schüssel) aber auch Martin Bartenstein, Franz Fischler, Wilhelm Molterer und Ursula Plassnik.

stimmen, doppelt so viele, wie er für die Vorreihung gebraucht hätte.³³ Sein Wunsch weiterhin Delegationsleiter zu bleiben, wurde von der Parteiführung abgeschmettert. Journalisten und Leserbriefschreiber regten sich wochenlang über die ‚Missachtung des Wählerwillens‘ auf.³⁴ Auch politische Differenzen wurden deutlich: Strasser plädierte für den sofortigen Stopp der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, Karas gegen das ‚Türen-Zuschlagen‘.³⁵

Überhaupt traten die Kandidaten unterschiedlich auf. Karas präsentierte sich als Europäer, Strasser als der Durchsetzer österreichischer Interessen.³⁶

Es gab auch Vermutungen, die Spitzenplatzkonkurrenz sei ein taktischer Trick gewesen, um den Wähleranteil zu erhöhen – erstens weil der Wettbewerb die Sache für präsumptive Nichtwähler spannend machte, und zweitens, weil die Kandidaten auf europapolitisch unterschiedlich eingestellte Wähler zuzugingen.

Der schlussendlich errungene relative Erfolg überraschte; die ÖVP errang mit einem Stimmenanteil von 30 Prozent (2004: 32,7 Prozent) den ersten Platz.

Die SPÖ verlor ihn, aufgrund eines Stimmenrückgangs von 33,3 (2004) auf 23,7 Prozent. Verbreitet ist die Meinung, die trotz des erwähnten Briefes zu verzeichnende Abwendung der „Kronen-Zeitung“ von Dichands vormaligen Lieblingspolitiker Faymann sei eine der gewichtigen Ursachen.³⁷

Da die ‚Ja, aber‘-Haltung zur Europäischen Union trotz heftiger innerparteilicher und ‚ausländischer‘ Kritik im Volk gut ankam, blieb dem darob kaum glücklichen letzt- und nun abermaligen Spitzenkandidaten nichts anderes übrig als zu erklären: „Ja, dass wir heute kritisch zur EU stehen, ist klar“ – nämlich weil sie nicht sozial genug sei. Gleichwohl wandte er sich gegen neue sozialpolitische EU-Kompetenzen, gegen einen EU-Mindestlohn, gegen Infragestellungen der nationalen Zuständigkeit für die Gesundheits- oder Pensionssysteme. Was die ‚Sozialunion‘, zu deren Einführung er eine Volksabstimmung vorschlug, eigentlich bedeuten sollte (etwa gar eine Bereitschaft der Gutgestellten, den Wohlstand mit Europäern in schwachen Regionen zu teilen, was gewiss höchst unpopulär geklungen hätte) blieb unklar.

So auch manche andere Facetten der SPÖ-Europapolitik: Hannes Swoboda forderte, die SPÖ solle jemanden aus ihren Reihen für die künftige Kommission nominieren.³⁸ Kanzler

33 Strasser kam nur auf den dritten Platz; auch andere Kandidaten hatten um Vorzugsstimmen geworben.

34 Etwas skurril klang die Replik des Parteiobmanns, er habe bei der letzten Nationalratswahl doch auch mehr Vorzugsstimmen bekommen als der jetzige Kanzler, und sei trotzdem nicht Kanzler geworden (schließlich wurde Faymanns SPÖ die stärkste Partei, und nicht Prölls ÖVP).

Erst einen Monat nach den Wahlen berichtete der Chefredakteur der „Wiener Zeitung“, ein ÖVP-Funktionär habe angedeutet, mit der Abschiebung des integrationsfreundlichen Spitzenkandidaten habe man sich die Gunst der Kronen-Zeitung erkaufen wollen: Andreas Unterberger: Politik und Medien, in: Wiener Zeitung, 07.07.2009, S. 2.

35 Auch Schlüssel und Plassnik sprachen sich im Nationalrat für den Fortgang der ‚ergebnisoffenen Verhandlungen‘ aus.

36 Typisch waren Plakatsätze wie „Dr. Ernst Strasser. Weil er sich durchsetzt! Österreich stärken“. Auf das Image der EU in Österreich angesprochen erklärte er: „Um das kann sich kümmern, wer will. Ich kümmere mich darum, dass die Sorgen der Österreicher nach Brüssel kommen.“ Namhafte Kommentatoren vermerkten ein Dictum Strassers: „Dichand ist mein Vorbild.“

37 Die Rolle der „Krone“ wird noch zur Sprache kommen (siehe unten den Abschnitt „Der ‚Hecht im Karpenteich‘ – von der Großmacht im Kleinformat gefördert“). Josef Kalina (ehemals dort Redakteur, zu anderer Zeit SPÖ-Bundesgeschäftsführer) meinte: Vieles, was nicht in der „Krone“ gedruckt wird, erreiche das Wählerpotenzial der SPÖ überhaupt nicht – „Die lesen gar keine andre Zeitung“. Vom Wiener Bürgermeister Michael Häupl, einem SPÖ-Schwergewicht, wird berichtet, er habe auf die Frage, ob man gegen die „Krone“ regieren könne, geantwortet: „Ich weiß nicht, ob das geht.“ Vgl. Michael Völker: „Die lesen gar keine andere Zeitung“, Interview mit Josef Kalina, in: Der Standard, 27.06.2009, S. 8; Gerald John/Michael Völker: SPÖ schwankt zwischen Distanz und Diktat, in: Der Standard, 23.06.2009.

38 Dazu erläuterte er erstens, ein SPÖ-Wahlerfolg würde das nahelegen, und zweitens, es könnte ja sein, dass der künftige Kommissionspräsident von Österreich um der Ausgewogenheit der neuen Kommission willen einen „Kommissar mit einem sozialdemokratischen Hintergrund“ haben möchte.

Faymann verzichtete darauf (zugunsten des Koalitionspartners): die Kommission wäre doch nur eine Verwaltungsinstanz, das wichtige Entscheidungsorgan sei der Rat.³⁹

Mitte Mai hieß es: „SPÖ will Juncker als Kommissionspräsidenten“ – was nicht gerade offensiv klang; gegen Ende Mai proklamierte Swoboda eine Kursänderung in Sachen Türkei (so wie das in der ÖVP Strasser getan hatte). Wirklich munter wurde die Partei erst, als sie sich relativ spät entschloss, offensiv gegen den Rechtspopulismus aufzutreten, nämlich gegen ‚Hassprediger‘ wie den FPÖ-Chef Strache; ob das ihr Stimmen brachte, ist zweifelhaft.⁴⁰

Die Enttäuschung am Wahltag war eben so erwartbar wie manche Kritik an der Parteiführung – diese ließ jedoch wissen, der ‚kritische Europakurs‘ würde beibehalten.⁴¹

Die Grünen waren bis zu den Vorbereitungen auf den EP-Wahlkampf die ‚europafreudigste‘ Partei in Österreich. Ihre Sympathisanten hielten Ende 2007 zu 91 Prozent die Mitgliedschaft für eine gute Sache.⁴² Ihr Mann im Europäischen Parlament, Johannes Voggenhuber, vor Jahrzehnten vom integrationspolitischen Saulus zum Paulus geworden, langjähriger stellvertretender Vorsitzender des Verfassungsausschusses, hatte sich unbeirrbar für die Demokratisierung und Föderalisierung der Union eingesetzt, auch im Verfassungskonvent.

Als seine politischen Freunde ihn schon bald nach Jahresanfang 2009 als Spitzenkandidaten abservierten, war er erbost, nicht nur enttäuscht. Zweiter wollte er nicht sein, aber nach einigen Überlegungen betrieb er eine ‚Solidaritätskandidatur‘ zur ‚Unterstützung der Partei‘ hinter dem letzten von der Parteiführung nominierten Kandidaten – was der Erweiterte Bundesvorstand mehrheitlich ablehnte – wohl weil die Führung mutmaßte, ein Vorzugsstimmenwahlkampf würde ihn wieder an die Spitze bringen (2004 hatte er sich auf diese Weise nach vorn katapultiert). Anwürfe und Verstimmungen waren die Folge.⁴³

Die neue Spitzenkandidatin Ulrike Lunacek gab nach ihrer Nominierung zunächst den erstaunlichen Satz von sich: „Ich liebe Europa – so, wie Thomas Bernhard Österreich geliebt hat“ (also der wortgewaltigste Österreich-Beschimpfer des 20. Jahrhunderts). Dann aber legte sich die Partei auf eine ‚pro-europäische Linie‘ fest:

Auf den Plakaten wurden die Kandidatinnen Ulrike Lunacek und Eva Lichtenberger wie Revolutionärinnen des Jahres 1830 dargestellt, an der Spitze aufgeregt wirkender Frauen, nebst einigen Männern, und im Zeichen der Parole „Vorwärts grün!“. Die offensive Insze-

39 Es kam ihm nicht in den Sinn, dass dieses Argument dahin abgewandelt werden könnte: wenn ohnehin die Weichenstellungen im Rat fallen, wäre auch das Europäische Parlament gar nicht so wichtig.

40 Eine knappe Woche vor dem Wahltermin erhielten die Mitglieder einen Brief, in dem unter anderem zu lesen war: „Am kommenden Sonntag geht es [...] auch um Stimmen gegen den Rechtsradikalismus und gegen die Neonazis, die wieder einmal eine schwere Wirtschaftskrise nützen wollen und aus den Abgründen der Geschichte hervorkriechen [...]“. – Auf das Wahlergebnis scheint sich diese Stoßrichtung jedoch eher ungünstig ausgewirkt zu haben, so spätere Aussagen von Meinungsforschern und der SPÖ-Zentrale selbst.

41 So der Parteivorsitzende am Tag nach der Wahl. Der frühere Vizkanzler und jetzige Unternehmer Hannes Androsch kritisierte die „provinzielle Nationalisierung“; der steirische Landeschef Franz Voves (dem eher eine Neigung zum Linkspopulismus unterstellt wird) meinte: „Mit einer ‚Ja, aber‘-Linie ist kein Wahlkampf zu gewinnen. Die Parteispitze hat sich zu wenig für Europa eingesetzt“. Dennoch gelang es Faymann, die Partei auf Geschlossenheit einzuschwören; offenbar auch im Hinblick auf bevorstehende innerösterreichische Wahlen.

42 Von den ÖVP-Anhängern meinten das 80 Prozent, von den SPÖ-Anhängern 69 Prozent, während die FPÖ- beziehungsweise BZÖ-Anhänger zu 56 Prozent beziehungsweise 55 Prozent einen Austritt befürworteten. Sogar nach der Einführung der ‚Maßnahmen der 14‘ im Jahre 2000 stieg die Zustimmung der Grünen-Sympathisanten zur Europäischen Union an, entgegen dem Trend in allen anderen Lagern (Grund war wohl die Abneigung gegen die ÖVP/FPÖ-Koalition, die ja von den Vierzehn ‚bestraft‘ werden sollte.).

43 Voggenhuber agierte selbstgewiss, besserwisserisch und nachtragend. Unbequem war er schon immer und die Parteioberen litten darunter. Nun warf man ihm parteischädigendes Verhalten vor (aber Ausschlüsse würden nicht zum grünen Stil passen).

nierung löste mancherorts eher Verwirrung als Kampfbereitschaft aus, vor allem weil wesentliche politische Forderungen klangen, als seien sie aus „Attac“-Flugschriften übernommen worden, wiewohl Attac seit Langem pointiert EU-kritische Parolen verbreitet. Überdies liefen die grünen Positionen zur Asylrichtlinie und zur eventuellen Türkei-Aufnahme dem mehrheitlichen ‚Volksempfinden‘ markant zuwider. Das Debakel war absehbar – ein Stimmenrückgang von 12,9 auf 9,9 Prozent, entgegen dem unionsweit erheblichen grünen Stimmenzuwachs. Die Parteichefin Eva Glawischnig meinte: man hätte (leider) Protestwähler nicht angesprochen.

Populisten, Protestpolitiker und eher unfeine Präsentationen

Das hatten allerdings, recht rücksichtslos, andere getan. Der Champion war der FPÖ-Vorsitzende Heinz-Christian Strache; sein Kurs war klar. Nach der Unterzeichnung des Lissabon-Vertrags hatte er wissen lassen: „Der Abwehrkampf gegen die Auslöschung der Republik Österreich [...] wird [...] weitergehen. Denn die Bundesregierung hat [...] vor, das zentralistische EU-Verfassungsdiktat [...] ohne Volksabstimmung [...] verfassungs-, demokratie-, und staatswidrig durchzupeitschen“.⁴⁴

Spitzenkandidat wurde Andreas Mölzer.⁴⁵ Plakate zeigten ihn durchwegs als Nebenmann von Strache.⁴⁶ Wie dieser erklärte er, „dass der EU-„Reformvertrag“ das Aufgehen der europäischen Nationalstaaten in einem zentralistischen Bundesstaat bedeutet“. Die FPÖ habe „eine solide, umfangreiche und sehr fundiert ausgearbeitete Verfassungsklage vorbereitet. An dem Tag, an dem der Vertrag in Kraft tritt, bringen wir sie ein.“⁴⁷ Kaum jemand erinnerte ihn daran, dass er, Mölzer selbst, Anfang 2005, als der Verfassungsvertrag unterzeichnet aber noch nicht gescheitert war, „für die europäische Verfassung“ eingetreten war; der Hinweis wäre vielleicht noch reizvoller gewesen, nachdem Mölzer – kurz vor der Parlamentswahl – verkündet hatte: „Ich bin kein politischer Wendehals“. ⁴⁸ Dennoch ergab sich eine Rollenverteilung: Mölzer gab sich zunehmend als differenziert denkender Intellektueller.⁴⁹ Strache und sein wahlkampfaktischer Mastermind Herbert Kickl bedienten sich ganz anderer Diktionen und Aktionsweisen.

44 Kein Wort davon, dass die Mitgliedstaaten sich den Vertrag selbst ‚diktiert‘ hatten! Siehe Heinz-Christian Strache: Österreich vor seiner Regierung beschützen!, Gastkommentar, in: Wiener Zeitung, 04.01.2008, S. 2.

45 Mölzer war bereits 2004 durch einen Vorzugsstimmenwahlkampf vom dritten auf den ersten Listenplatz gekommen und so in das Europäische Parlament eingezogen.

46 Strache wurde nicht nur in den Vordergrund gerückt, weil er bundesweit viel bekannter war als Mölzer und vor allem seit Langem Jungwähler einzuwerben suchte (unter anderem durch häufiges salopp wirkendes Auftreten in Discos), sondern auch weil die FPÖ den EP-Wahlkampf als Vorspiel für die bevorstehende Wiener Landtags- und Gemeinderatswahl inszenierte. Strache will da als Gegenkandidat zu Bürgermeister Michael Häupl antreten.

Obschon Strache nicht ‚ernsthaft‘ um ein EP-Mandat warb – auf der Kandidatenliste erschien er an letzter, nämlich an aussichtsloser 43. Stelle – war im Wahlkampf immer wieder von „Strache und seinem Team“ die Rede. Es gaben ihm auch mehr als 10.000 FPÖ-Wähler eine Vorzugsstimme; vermutlich solche, in deren Augen Mölzer zu gemäßigt auftrat.

47 Katharina Schmidt: Auf der Suche nach Verbündeten, Interview mit Andreas Mölzer, in: Wiener Zeitung, 02.04.2009, S. 6; Andreas Mölzer: Kurswechsel für Europa, Gastkommentar, 23.06.2008, S. 2.

48 Zum ersten siehe Der Standard, 04.01.2005 (unter Bezugnahme auf die Austria Presse Agentur) sowie Salzburger Nachrichten, 04.01.2005. Mölzer hielt damals allerdings eine Volksabstimmung für angebracht. Zum zweiten siehe Die Presse: Ich bin kein politischer Wendehals, 28.05.2009.

49 So meinte er in einer Hörfunk-Pressesunde im Lissabon-Vertrag sei „[n]icht alles schlecht“, er bringe eine Stärkung des Parlaments, freilich eine ungenügende, weil es „kein volles legislatives Instrument“ sei. Er warnte außerdem vor einer Militarisierung der Europäischen Union und befürwortete eine „föderalistische“ statt einer „zentralistischen“ Struktur. Dass eine volle Parlamentarisierung ihres Regierungssystems die Union auf dem Weg zur Staatlichkeit voranbrächte, blieb unangedeutet. Die Presse: Mölzer in ORF-„Pressesunde“: „Kein EU-Austritt“, 04.05.2009.

Übers Land verbreitet waren grell und unruhig wirkende Plakate mit den beiden Protagonisten, unten rechts ein wie ein gelber Aufkleber wirkender Blickfang mit dem Slogan „Tag der Abrechnung“ und dem Hinweis auf den 7. Juni. Die Hauptbotschaften lauteten unter anderem:

- „Echte Volksvertreter statt EU-Verräter“;
- „Kampf gegen zentralistische EU-Verfassung“;
- „Gegen den EU-Beitritt der Türkei“;
- „Abendland in Christenhand“;
- „Aus für EU-Wahnsinn“.

Am bizarrsten war wohl eine Comic-Broschüre „Der blaue Planet“, die mit staatlichen Mitteln (für Maßnahmen zur politischen Bildung) finanziert, vom „FPÖ-Bildungsinstitut“ (der Parteiakademie) produziert und allen Jungwählern zugesandt wurde.

Die Europäische Union wird als eine Art „Darth Vader“ (aus dem „Krieg der Sterne“), das heißt als Inkarnation des Bösen dargestellt. Im Zentrum der Europäischen Union gibt es den „Sodom Club“, in dem das Geschehen von einem Geld fressenden, widerwärtig aussehenden fetten Schwein beherrscht wird. In der Union regieren Geldgier und Machtgier, die Kommissionsmitglieder plündern die Mitgliedstaaten und die Bürger aus, um ihr Luxus- und Lotterleben zu finanzieren, sie sind dem Laster ergeben (der Völlerei und der Korruption); die Union will die Menschen zu einem „öden Einheitsbrei“ machen – „[w]ie Klone sollen alle sein“. Wer die Europäische Union unterstützt, ist ein Volksverräter.

Aber es gibt einen Kämpfer für das Gute und für die Freiheit, einen Retter des Planeten – den ‚Superman‘ namens „H. C.“(!).⁵⁰

Im Sinne der Parolen „Abendland in Christenhand“ und „FPÖ-Veto gegen Beitritt von Türkei und Israel“ erregte ein Auftritt Straches bei einer Demonstration gegen den Ausbau eines muslimischen Gebetszentrums erhebliches Aufsehen und löste Reaktionen aus, von denen noch zu reden sein wird.⁵¹

Nach dem allem war das Wahlergebnis – der 4. Platz mit 12,7 Prozent der Stimmen – in Straches Augen ein großer Erfolg (2004 hatte sich die FPÖ in einem Tief befunden und nur 6,3 Prozent errungen). Angesichts der relativen rechtspopulistischen Hochkonjunktur in vielen Mitgliedstaaten und im Hinblick auf das erhebliche aktivierbare (autoritäre, fremdenfeindliche, EU-kritische) Potenzial im Land fiel nicht wenigen Beobachtern, die ein für die FPÖ ‚besseres‘ Ergebnis erwartet hatten, ein Stein vom Herzen.

Das verfeindete, ideologisch ähnliche BZÖ („Bündnis Zukunft Österreich“) war von Jörg Haider nach FPÖ-internen Querelen als Basis für den Weiterverbleib seiner Anhänger in der Regierung von Wolfgang Schüssel (ÖVP) gegründet worden; die aus der FPÖ zum BZÖ übergetretenen Nationalratsabgeordneten hatten dem Verfassungsvertrag im Ratifikations-

50 Im Vorspann schreibt das „Bildungsinstitut“: „Das vorliegende Heft ist keine Parteierwerbung“, es gehe um politische Bildung und um „Information, die nicht langweilig ist“. Strache selbst, darauf angesprochen, meinte treuherzig: „Wir haben ein Comic gemacht, bei dem wir auch einmal die Freiheit der Kunst in Anspruch genommen haben. Wenn man so tut, als wären die dort abgebildeten Graffiti nicht gang und gäbe, dann ist das doch absurd.“ – Akteure aus anderen Lagern kündigten an, ein Verfahren in Gang zu bringen, um die FPÖ zur Rückzahlung der hierfür aufgewandten öffentlichen Mittel für politische Bildung zu veranlassen, wegen offenkundigen Missbrauchs. Zu hören war dazu nach den Wahlen bislang nichts. Vgl. FPÖ-Bildungsinstitut: *Der Blaue Planet*. HC's Kampf für die Freiheit gegen eine zentrale EU, HC-Comics Band 1; Conrad Seidl: „Was hier angerichtet wird, ist zum Schaden Österreichs“, Interview mit Heinz-Christian Strache, 02.06.2009.

51 Siehe unten den Abschnitt „Eine Wiederkehr der Vergangenheit: Kirchen schalten sich in den Wahlkampf ein“. Die These, die FPÖ hätte Anlass zu einem Veto gegen die Aufnahme Israels, löste in allen anderen politischen Lagern Empörung aus. Die FPÖ versuche zu ihren Gunsten antisemitische Regungen zu aktivieren, obson kein Beitrittsantrag Israels vorliege und ggf. auch keine Erfolgchancen habe. Siehe Österreich: Alle gegen Strache, 19.05.2009.

verfahren ausnahmslos zugestimmt.⁵² (Als Anfang 2008 der Lissabon-Vertrag auf die Tagesordnung kam, kritisierte der damalige BZÖ-Spitzenmann Peter Westenthaler die Absicht der SPÖ-ÖVP-Regierung, ihn innerhalb von zwei Monaten ‚durchzupeitschen‘ (wiewohl die wesentlichen Änderungen gegenüber dem geltenden Vertrag von Nizza ja zum größten Teil schon als Bestandteile des Verfassungsvertrags durchdiskutiert worden waren.) Um die Jahresmitte 2008 polemisierte Westenthaler, damals Nationalrats-Klubobmann (Fraktionsvorsitzender) des BZÖ, gegen die „Versuche, der EU-Technokraten, diesen Verfassungsmoloch über die Köpfe der Menschen hinweg einzuführen“. Dass irgendjemand sich (oder ihn) an die Zustimmung des BZÖ zu dem damals keineswegs als ‚Moloch‘ betrachteten Verfassungsprojekt erinnern würde, war ihm entweder nicht klar oder egal – abgesehen davon, dass der von ihm eigentlich angesprochene Lissabon-Vertrag eine im Vergleich zum Verfassungsvertrag ausgedünnte und leichtgewichtigere Reform ins Werk setzen sollte.

Für den EP-Wahlkampf stellte das BZÖ Ewald Stadler auf und warb für ihn, weil er früher einmal das Ombudsman-Amt des ‚Volksanwalts‘ innehatte, mit dem Slogan „Unser Volksanwalt in Brüssel“ – was ihm auf Betreiben der Volksanwaltschaft durch eine gerichtliche Einstweilige Verfügung untersagt wurde.⁵³

Das BZÖ-„Wahlprogramm“ („Fragen zu Europa / Antworten für Europa“) enthielt Behauptungen, die im Inhalt und in der Unverfrorenheit solchen der FPÖ ähnelten.⁵⁴ Origineller waren die Forderungen nach einem „Kerneuropa der Nettozahler“, das Insistieren auf der Beibehaltung des Bankgeheimnisses, die Kritik am Europäischen Gerichtshof („der sich als Quasigesetzgeber aufspielt“); das Verlangen, die Grenzkontrollen wieder einzuführen, entsprach einer FPÖ-Position; mit der Ablehnung der (nur von den Grünen bejahten) Asylrichtlinie und der Befürwortung einer europaweiten „Antispekulantensteuer“ stimmte er in einen parteienübergreifenden Chor ein.

Die Rechnung, mit einer klar EU-kritischen, doch im Vergleich zu Strache weniger rüden Linie anderen Parteien Stimmen wegzunehmen, ging nicht auf: die erreichten 4,6 Prozent reichten nicht für den Gewinn eines Mandats.⁵⁵

Der ‚Hecht im Karpfenteich‘ – von der Großmacht im Kleinformat gefördert

Hingegen hatte mit einem ähnlichen Kalkül, aber mit einer massiven Rückendeckung, Hans-Peter Martin einen erstaunlichen Erfolg: mit fast 18 Prozent der Stimmen den dritten Platz nach ÖVP und SPÖ, in den Bundesländern Salzburg, Tirol und Vorarlberg sogar den zweiten.⁵⁶

Die SPÖ hatte den Koautor des Bestsellers „Die Globalisierungsfalle“ als Quereinsteiger zum Spitzenkandidaten erkoren; bald kam es zum Zerwürfnis – die Fraktion schloss ihn aus, die Partei ebenfalls: über seine Unverträglichkeit kursierten mancherlei Geschichten. Mit ei-

52 Barbara Rosenkranz gab im Nationalrat damals die einzige ‚Nein‘-Stimme ab; sie war FPÖ treu geblieben.

53 Das war einer der wenigen Vorgänge, die in Verbindung mit Stadlers Wahlkampf zu einem landesweiten Medienecho führten (abgesehen davon, dass etliche Tageszeitungen ihn wie den andren Spitzenkandidaten in Interviews zu Wort kommen ließen).

54 Ein Beispiel: „EU, ÖVP und SPÖ wollen einen undemokratischen und zentralistischen europäischen Superstaat, wo die großen Staaten im Alleingang darüber entscheiden, was die kleineren Staaten wie Österreich zu tun und zu lassen haben.“ – Angesichts dessen klang die Aussage der offiziellen „Wiener Zeitung“ eher befremdlich: „Die Wahlkampagne [...] wurde von Haiders früherem Sprecher Stefan Petzner bewusst seriös gestaltet, um vor allem ÖVP-Wähler anzusprechen“. Wiener Zeitung, 08.06.2009.

55 Allerdings kann ein Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags dem BZÖ doch noch einen Sitz im Parlament bringen. Angesichts der unmissverständlichen Aussage Stadlers „Ich werde der Volksanwalt der Österreicher in Brüssel sein“, musste es seltsam wirken, dass der BZÖ-Vorsitzende Josef Bucher wenige Tage nach der Wahl erklärte, in diesem Fall würde der Listenzweite das Mandat annehmen, Stadler werde als ‚Bürgeranwalt‘ in Österreich bleiben (ORF-Radio Niederösterreich, 10.06.2009, 16.00 Uhr).

56 Noch wenige Monate zuvor gaben ihm Umfrageforscher müde 3 Prozent. Oliver Pink: EU-Wahl: SPÖ derzeit auf Platz eins, in: Die Presse, 02.04.2009.

ner eigenen Liste gewann er 2004 zwei Mandate; mit der zweitgereihten ORF-Journalistin Karin Resetarits vertrat er sich alsbald ebenfalls nicht mehr, sie trat zu den Liberalen über und klagte über Martins Egozentrismus.

Der nun errungene Erfolg geht offenkundig auf eine massive Unterstützung durch die „Kronen-Zeitung“ zurück. Hans Dichand hatte nämlich dem von ihm zuvor stark geförderten Sozialdemokraten Werner Faymann („mehr als ein Parteimann“, so der Hausdichter Wolf Martin; „Natürlich könnte ich auf einen Sohn wie Faymann stolz sein“, so Dichand selbst) die Gunst entzogen, nachdem dieser Kanzler geworden war, trotz des weithin als ‚anbiedernd‘ betrachteten, erwähnten, noch mit Alfred Gusenbauer verfassten Briefes.⁵⁷ Nun jedenfalls fiel diese Gunst auf Martin, wohl auch deshalb, weil die Redaktion den Lesern für die jahrelang eingeredete EU-Feindschaft irgendeinen handfesten Umsetzungshinweis geben wollte.⁵⁸

Die Tragweite jahrelanger Polemik des Blattes gegen Österreichs loyale EU-Politik und die Union selbst war angesichts der bundesweiten 43-Prozent-Reichweite des Blattes klar.⁵⁹ Dichand selbst schrieb sich (unter dem Pseudonym „Cato“) oft genug seinen ‚Zorn‘ über die Europäische Union von der Seele; er hatte keine Scheu, seine Macht auf jede womöglich aussichtsreiche Weise einzusetzen.⁶⁰

Nun gewährte er Hans-Peter Martin eine regelmäßige Kolumne und brachte seitenweise Auszüge aus dessen Buch „Die Europafälle“ – mit entsprechendem Vorspann, zum Beispiel: „Er ist sich treu geblieben, im Gegensatz zu den SPÖ-Abgeordneten“.⁶¹ So konnte Martin den eigenen Wahlkampf eher sparsam führen (die staatliche Wahlkampfkostenerstattung belief sich auf mehr als das Vierfache der tatsächlichen Aufwendungen). Weitverbreitet war ein einziges großes Konterfei mit dem Text „Nur er kontrolliert die Mächtigen“. Allerdings verteilte er auf Straßen und Plätzen Freixemplare seines Buches und Glühbirnen (eigener Aussage zufolge Tausende), weil deren angebliches Verbot österreichweit die Gemüter erregt hatte, als Exempel für die Einmischung der Europäischen Union in Angelegenheiten, die Brüssel im Grunde nichts angehen dürften.⁶²

Indem er sich als ‚glühender Europäer‘ bekannte, aber zugleich als erfolgreicher Einzelkämpfer gegen Korruption, Misswirtschaft und politischen Unfug in Brüssel (schon 100 Millionen Euro hätte er den Steuerzahlern mit seiner mutigen ‚Hecht-im-Karpfenteich‘-Politik er-

57 Die Auguren meinten: weil die Regierung auch das Konkurrenzblatt zur „Krone“ namens „ÖSTERREICH“ (etabliert vor wenigen Jahren von einem Jugendfreund Faymanns aus Schülerzeitungstagen) reichlich mit Anzeigenhonoraren bedenkt, habe der Verleger die SPÖ geschäftssinnig Mores lehren wollen.

58 Vgl. Peter A. Ullrich: Der Fluch der bösen Tat, in: Die Presse, 09.06.2009. – Die Förderung des Engagements ihrer Leser war oft ein Anliegen der „Krone“ gewesen, zum Beispiel vor Jahren bei der Kampagne gegen den ‚Baum-Mord‘ in Wien, gegen neue Kraftwerke, gegen die Gentechnik.

59 Vgl. auch Anmerkung 37 oben. Positive und negative Affinitäten zu politischen Milieus sind markant: Von den Martin-Wählern lesen 70 Prozent regelmäßig das Blatt, von denen der FPÖ 67 Prozent, von den BZÖ-Wählern 58 Prozent, von denen der SPÖ 38 Prozent, von den ÖVP-Wählern 30 Prozent, von denen der Grünen nur 6 Prozent. Sachkenntnis zufolge verdankt Faymann der „Krone“ den Nationalratswahlsieg 2008, nachdem dieser „die Europapolitik der SPÖ an die Krone verschreibt“ hätte. Vgl. Wiener Zeitung, 09.06.2009; Ullrich: Der Fluch der bösen Tat, 2009.

60 Zur Jahresmitte 2008 ließ Außenministerin Ursula Plassnik wissen, sie habe das ihr unterbreitete „unsittliche Angebot“ Dichands abgelehnt, sie könne die Regierung und ihre Partei retten, wenn sie für die Revision der Befürwortung der Lissabon-Reform Sorge – dann hätte sie seine Unterstützung.

61 Kronen-Zeitung, 31.05.2009.

62 Auch Ernst Strasser ließ sich so vernehmen. Verteidigt wurde die Kommission lediglich von den Grünen, die das ‚Verbot‘ als Maßnahme zugunsten von Klimaschutz und Energieeffizienz begrüßten. Dass der bei den Grünen aktive Christoph Chorherr unter Hinweis auf die Verordnung 244 vom 18. März 2009 betonte, entgegen „Verblödungskampagnen von Medien und dummen Politikern“ verbiete die Europäische Union keine Technologie und schreibe auch keine andere vor, sondern setze die Industrie unter Druck, bessere Leuchtmittel zu entwickeln (ähnlich wie eine Begrenzung zulässiger Kfz-Abgaswerte wirkt), wurde weithin ignoriert; aber so war das nicht nur in Österreich. Wolfgang Zaunbauer: EU-Glühbirnenverbot als Wahlkampf-Anheizer, in: Wiener Zeitung, 20.03.2009; Christoph Chorherr: Die Mär von der Glühbirne, in: Die Presse, 06.04.2009.

spart), sprach er nicht nur typische „Krone“-Leser an – rechts stehende Integrationskritiker, auch solche die Straches Wahlkampf unfähig fanden; er selbst nannte diesen ‚destruktiv‘, woraufhin die FPÖ ihn in die linke Ecke stellte; bei linken Globalisierungskritikern hatte er ja längst einen guten Namen. Nun attestierten auch auf Seriosität bedachte Journalisten seinen Aufdeckungsbemühungen und seiner Bürokratiekritik Verdienstlichkeit.⁶³ Dem kam auch ein honorig wirkendes Auftreten (im weißen Sakko, das Bild vom Saubermann vermittelnd) entgegen – Vorwürfe, er hätte selbst Dreck am Stecken, was Abrechnungen betrifft,⁶⁴ prallten an ihm ab. So konnte er immerhin 30 Prozent seiner Stimmen bei Nicht-„Krone“-Lesern einwerben.

Dennoch reimte angesichts des Wahlergebnisses Dichands Hauspoet befriedigt: „Ein Sieg war dieses zweifelsohne / für H.P. Martin und die ‚Krone‘“.

Zahlreiche Chefredakteure und Spitzenjournalisten schrieben empörte Kommentare: Dichand, „der österreichische Schattenpräsident“, „fast so einflussreich wie Berlusconi in Italien“; „er übt in diesem Land Macht aus wie ein römischer Imperator durch Heben oder Senken des Daumens“; diesmal zugunsten eines „politischen Geisterfahrers, der in Europa außer Hass und Stänkereien nichts zu bewegen vermag“; oder, noch pointierter, ein renommierter Analytiker: Der „heimische [...] Politik/Medien-Sumpf“ habe „Wohl und Wehe von Parteien wie Kandidaten an die skrupellose Machtausübung eines greisen Boulevardmoguls und seiner journalistischen Nachtopfträger ausgeliefert“.⁶⁵ Man spekulierte, ob Dichand sein Wohlwollen nun wieder Faymann spenden würde. Aber es kam anders: Dichand präsentierte die Vision von Josef Pröll als Bundeskanzler und seinem Onkel Erwin, Landeshauptmann in Niederösterreich, als Bundespräsident an der Spitze des Staates. Er habe allerdings die „stille Hoffnung“, dass die ÖVP ihre „EU-Hörigkeit“ aufgeben.⁶⁶ So schenkte er der Medienkultur einen neuen Höhepunkt, dem Stammtisch ein neues Thema.⁶⁷ Das ‚Ende der Geschichte‘ lässt noch auf sich warten.

Eine Wiederkehr der Vergangenheit: Kirchen schalten sich in den Wahlkampf ein

Parteilpolitische Stellungnahmen aus kirchlichem Mund galten seit Langem als eine Sache von vorgestern. So gab es im Kontext des österreichischen EP-Wahlkampfes geradezu einen Tabubruch. Zunächst beschränkten sich kirchliche Stimmen auf den Appell, zur Wahl zu gehen, so etwa die des Evangelischen Oberkirchenrats, des Vorsitzenden der Katholischen Bischofskonferenz, und des Ökumenischen Rats der Kirchen in Österreich. Manchmal wurde auch der Lissabon-Vertrag positiv beurteilt und zum Engagement für ein solidarisches, zukunftsbedachtes und großzügiges Europa aufgerufen.⁶⁸

63 So zum Beispiel Peter Michael Lings: Eine Falle für die EU, in: profil, 10.04.2009 oder Christian Ortner: Badespaß für Brüsseler Beamte, in: Wiener Zeitung, 21.02.2009; Wiener Zeitung: Für wen schnappt die Europafalle zu?, 26.05.2009.

64 Als Beispiel siehe das „profil“-Interview des MdEP Martin Schulz (SPD): „Ich kenne Herrn Martin. [...] bei Martin ist es unbegreiflich, mit welcher Masche er durchkommt. Der Mann schuldet dem Europäischen Parlament 164.000 Euro. Ihm wird jeden Monat die Hälfte seiner Aufwandsentschädigung abgezogen. Und genau jenen Beamten, der für den Abzug des Geldes zuständig ist, macht er öffentlich fertig. Es ist unglaublich.“ Hoffmann-Ostenhof/Lahodinsky: Martin Schulz „Europa hat keinen Kurs“, 2009.

65 Gerfried Sperl: „Forza Krone“ oder: Eine Zeitung als Partei, in: Der Standard, 08.06.2009; Andreas Unterberger: Dichands großer Tag, in: Wiener Zeitung, 08.06.2009; Ulram: Der Fluch der bösen Tat, 2009.

66 Siehe Der Standard: Dichand läßt Faymann fallen, 19.06.2009; Die Presse: Hans Dichand setzt jetzt auf die Prölls, 19.06.2009; Wiener Zeitung: Wenn sich Dichands Daumen senkt: Peitsche statt Zuckerbrot – das ist kommerziell mutig, 20.06.2009. Vgl. auch oben den 2. Absatz von Anmerkung 34.

67 „Wir leben noch in einer parlamentarischen Demokratie von Dichands Gnaden“. Alexandra Förderl-Schmid: Der Kanzlermacher, in: Der Standard, 20.06.2009.

68 Typisch etwa der Aufruf „Christen für Europa“ vom 01.04.2009, beruhend auf einer französisch-deutschen Initiative, die aber auch in Österreich unterstützt wurde.

Dann aber lösten FPÖ-Aktionen heftige kirchliche Kritik aus; neben den plakatierten Slogans „Abendland in Christenhand“ und „Tag der Abrechnung“⁶⁹ gab dazu ein Auftreten Straches bei einem nicht direkt EP-wahlpolitischen, aber doch im Kontext der aktuellen Auseinandersetzung stehender Vorgang den Anstoß.

In der Brigittenau, einem traditionell roten, nun auch einen beträchtlichen ‚blauen‘ Anteil aufweisenden Wiener Gemeindebezirk, beabsichtigten Muslime den Ausbau eines Kulturzentrums – eine Bürgerinitiative „Moschee ade!“ hatte eine Demonstration dagegen vor dem Wiener Rathaus angekündigt. Inmitten von rund 700 Demonstranten – denen übrigens ebenso viele Gegendemonstranten „für ein Miteinander der Religionen“ auf der anderen Seite der Ringstraße, vor dem Burgtheater, sowie auch noch 700 Polizisten gegenüberstanden, da die FPÖ von einem ‚Marsch auf das Rathaus‘ gesprochen hatte – nahm auch Strache teil, mit einem demonstrativ hochgehaltenen weißen Kreuz in der Hand. Das löste erst recht kirchliche Proteste aus, auch katholische.⁷⁰

Strache reagierte mit Tiraden über die kirchlichen Würdenträger und sprach von der „vereinigte[n] Moralmafia, die hier agiert“.⁷¹

Der Spitzenrepräsentant der Kirche, Kardinal Christoph Schönborn, fand in seiner Predigt beim Festgottesdienst zu Christi Himmelfahrt (21. Mai 2009) im Stephansdom recht klare Worte.⁷² Strache ersuchte um einen Termin beim Wiener Erzbischof, dazu kam es nach den eben zitierten Invektiven nicht. Zehn Tage nach der Predigt beteuerte er in einem

69 Am 05.05.2009 verwahrte sich der Ökumenische Rat der Kirchen in Österreich (ÖRKÖ) „entschieden gegen jede Vereinnahmung des christlichen Glaubens auf Wahlplakaten. Wir stellen klar: Jedes Land ist in Gottes Hand. Christen rechnen nicht ab, sondern stiften Frieden“, so der Sprecher des ÖRKÖ, der methodistische Superintendent a.D. Helmut Nausner. Der ÖRKÖ-Vorsitzende Herwig Sturm (der lutherische Altbischof) bezeichnete die beiden Wendungen als „die Anti-Botschaft zum Christentum“; „die Gefühle, die hier geweckt werden sollen, haben mit dem Christentum nichts zu tun“.

Straches EP-Kandidat Mölzer warf wesentlichen Kirchenvertretern vor, sie seien angesichts der Islamisierung Europas „feige und mutlos“; sie fielen, wie er später in einem Rundbrief ausführte, „politischen Bewegungen in den Rücken, die das nicht so einfach in Kauf nehmen wollen“; „Um [...] nicht bei den politisch korrekten Moral- und Tugendwächtern anzuecken, versteckt man sich [...] hinter dem inhaltsleeren Geschwätz vom ‚Dialog der Religionen‘.“

Am 13.05.2009 wandten sich alle evangelischen Superintendenzen unter Vorsitz von Bischof Michael Bünker entschieden gegen „alle populistischen Versuche“, „religiöse Themen im Wahlkampf für durchsichtige politische Interessen zu missbrauchen“; aus den erwähnten beiden Slogans spreche „Ungeist“. Die Politiker sollten dagegen mit geeigneten Mitteln vorgehen. Das geschah am Vorabend der Aktion, über die sogleich berichtet wird. – Die Islamische Glaubensgemeinschaft hatte sich übrigens gegen die „hetzerischen“ Plakate der FPÖ mit der Antithese „Abendland nicht in Faschistenhand!“ gewandt. Siehe Ö1-Hörfunk: Abendjournal, 05.05.2009; epd-Nachrichten: Kirchen gegen FPÖ-Plakat zur Europawahl. ÖRKÖ verwahrt sich gegen „Vereinnahmung des christlichen Glaubens“, Pressemitteilung, 06.05.2009; epd-Nachrichten: SuperintendentInnen: Religion nicht für durchsichtige politische Interessen missbrauchen. „Dem Ungeist entgegenzutreten“, Pressemitteilung, 13.05.2009; Islamische Glaubensgemeinschaft Österreich: Abendland nicht in Faschistenhand!, Pressemitteilung, ohne Datum; Andreas Mölzer: „Abendland in Christenhand“ – ein Wahlplakat als Objekt gutmenschlicher Empörung. „Political Correctness“, die neue Ersatzreligion, EU-Hintergrund – Eine Information von MEP Andreas Mölzer, S. 1.

70 Nämlich unter anderem des Vorsitzenden der Gemeinschaft der klösterlichen Stifte Propst Maximilian Fürnsinn, des Salzburger Weihbischofs Andreas Laun, des Linzer Bischofs Ludwig Schwarz.

71 Österreich: Entsetzen über FPÖ-Wahlkampf / Kirche gegen Strache, 20.05.2009, S. 2–3.

72 Auch die Christen hätten dass Kreuz gebraucht und missbraucht, aber das sei nicht im Sinne Jesu: „Sein Kreuz ist alles andere als ein Machtsymbol. Es ist das Zeichen der Liebe, die bis zum Letzten geht. [...], die Gewalt nicht mit Gewalt, Hass nicht mit Hass beantwortet, sondern Hass und Feindschaft durch Hingabe und Verzeihen überwindet. [...] Dieses Zeichen [der Versöhnung und der Feindesliebe] darf daher auch nicht politisch missbraucht werden, [...] gegen andere Religionen, gegen andere Menschen.“ – „Meine Frage ist nicht, ob das Abendland in Christenhand bleibt, sondern ob es Christus im Herzen hat.“ Auch der Umgang mit Verfolgten und Migranten müsse christlich inspiriert sein. Kardinal Christoph Schönborn: Für ein „Abendland“, das aus christlichen Werten lebt. Wortlaut der Predigt von Kardinal Christoph Schönborn beim Hochamt zum Fest Christi Himmelfahrt, 21. Mai 2009, im Wiener Stephansdom, 20.05.2009, abrufbar unter: <http://stephans-com.at/edw/predigten/0/articles/2009/05/20/a16681/> (letzter Zugriff: 08.07.2009).

als Inserat verbreiteten „offenen Wort“ an die „Österreicherinnen und Österreicher“: für ihn sei das Kreuz ein „Symbol unserer Tradition, unserer Kultur, unserer Geschichte und unserer Werte. So wie der Halbmond [...] die Tradition des Orients symbolisiert“.⁷³

Trotzdem kann man vermuten, dass die klaren Stellungnahmen von kirchlicher Seite Wähler von der Stimmabgabe zugunsten der FPÖ abhielten.⁷⁴

Die Vorgänge belegen, dass von einer den Kirchen (vor allem der katholischen) zuweilen zugeschriebenen ‚Äquidistanz‘ zu den politischen Parteien keine Rede sein kann – vor allem aber machen sie deutlich, dass die Vorgänge im österreichischen EP-Wahlkampf (und in dem ihn beeinflussenden Umfeld) mehr als bei den vorangehenden Wahlgängen Menschen erregt und auf die politische Kultur des Landes eingewirkt haben; wie nachhaltig, das steht freilich dahin.

Einsichten und Folgerungen

Will man sich auf dies alles einen Reim machen, dann ist vielleicht zunächst festzuhalten, dass die Wahlauseinandersetzungen, wie auch anderwärts und früher üblich, nur zum Teil Angelegenheiten thematisierten, die mit den Aufgaben der zu wählenden EU-Parlamentarier zu tun haben.

Nicht nur die Informations- und Motivationspotenz für eine politisch sachadäquate (für die ‚policy determination‘ effektive) Wählerentscheidung dürfte begrenzt gewesen sein, sondern auch die Auswirkung auf die Auseinandersetzung der Bürger mit den für die ontische Wirklichkeit der Union bestimmenden ‚Leitideen‘, also der Beitrag zu einer europäisch sensibilisierten und profilierten ‚Bewusstseinsverfassung‘.

Das wird plausibel, wenn man – freilich kurz, unvollständig und unter Verzicht auf taxonomische oder gar systematische Ordnung – vermerkt, welche ‚issues‘ im Wahlkampf mehr oder weniger prägnant zur Sprache kamen, und welche nicht.

- Soweit die Europäische Union und ihre Politik thematisiert wurde, ging es insbesondere um die Durchsetzung ‚nationaler‘ oder klassen- beziehungsweise gruppenspezifischer Interessen.⁷⁵ Letztere wurden zum Beispiel von der SPÖ, mit der Forderung nach einem sozialeren Europa angesprochen; vergleichbar ist die etwas hanebüchenere FPÖ-Parole „Soziale Wärme statt EU für Konzerne“. Die Durchsetzung österreichischer Anliegen wurde in aller Regel eher als Pauschalformel angesprochen – anders verhielt es sich mit der FPÖ-Forderung nach einer Halbierung des Nettobeitrags.⁷⁶

73 Zum Beispiel in: Österreich, 31.05.2009 – Einige Kritiker hatten darauf aufmerksam gemacht, dass sein politisches Lager von Haus aus antiklerikal geprägt war.

74 Ein anderer während des Wahlkampfes stattfindender ‚Kollateralvorgang‘ hat vermutlich ebenfalls Wähler, auch EU-kritische, nicht gerade für die FPÖ eingenommen. Nachdem der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Ariel Muzicant bemerkt hatte, dass die Sprache und das „Gehetze“ von Straches Formulierungshelfer Herbert Kickl an Joseph Goebbels erinnere, schrieb der von der FPÖ gestellte Dritte Nationalratspräsident Martin Graf in der „Neuen Freien Zeitung“: viele Bürger würden sich fragen, „ob er nicht als Ziehvater des antifaschistischen Linksterrors bezeichnet werden sollte“. Hinter jenen, die „aufgehetzt von Muzicant und Konsorten, gegen ‚Nazis‘ demonstrieren, verstecken sich gewalttätige Anarchisten-Banden“. Das löste in allen anderen politischen Lagern Empörung aus. Im Nationalrat gab es Bemühungen, gesetzlich die bislang verschlossene Möglichkeit der Abwahl eines Nationalratspräsidenten zu eröffnen; die ÖVP war dazu, trotz eindeutiger Kritik an Grafs Aussagen, nicht bereit, „Anlassgesetzgebungen“ seien problematisch. Strache selbst stellte sich vor den „untadeligen Nationalratspräsidenten“. Rainer Nowak: Muzicant: „Dieses Gehetze erinnert mich an Goebbels“, Interview mit Ariel Muzicant, in: Die Presse, 17.05.2009; Martin Graf: Kommentar, in: Neue Freie Zeitung, 21.05.2009.

75 Interessanterweise ergaben Umfragen, dass man die Durchsetzung österreichischer Anliegen am ehesten Hans-Peter Martin zutraute; auch dies mag ihm Stimmen gebracht haben.

76 Zur Rechtfertigung verwies die FPÖ gelegentlich auf den Erfolg von Margaret Thatcher mit ihrer Forderung „I want my money back“; auf die Auswirkung der jeweils bestehenden Konstellation, innerhalb derer sich damals das Vereinigte Königreich befand im Vergleich mit der heute für Österreich als Mitgliedstaat gegebenen, wurde kein Gedanke verwendet.

- Verknüpft damit war die Frage nach dem künftigen ordnungspolitischen Zukunftskurs – soll er ‚neoliberal‘ oder ‚sozial-marktwirtschaftlich‘ sein? (Verbunden ist dies natürlich auch mit der Einschätzung des derzeitigen ordnungspolitischen Charakters der Europäischen Union – ist ein Kurswechsel nötig oder nicht?)
- Im Grunde gehört zu den ‚gruppenspezifischen‘ Interessen auch die Problematik des Umgangs mit Migranten und Asylbewerbern – jedoch sahen nur die Grünen und kirchliche Sprecher dies als ein Anliegen sozialer Solidarität beziehungsweise Gerechtigkeit (oder der Bereitschaft zum sozial motivierten Entgegenkommen). Dies war aber den Beteiligten entweder nicht bewusst oder sie wollten es nicht zur Sprache bringen. Als der Wahlkampf schon anließ, zeigte sich eine sehr unterschiedliche Einstellung der Parteien zur Asylrichtlinie der Union: Die ÖVP verwies beifallheischend auf ihr ‚Nein‘, die SPÖ-Parlamentarier stimmten unterschiedlich ab, Mölzer (FPÖ) beteiligte sich nicht an der Abstimmung.
- Eine Rolle spielten auch die strukturelle und die Umfangsfinalität der Union vor allem in Gestalt der Ablehnung eines „zentralistischen Superstaates“ zugunsten eines ‚Europas der Vaterländer‘. Operiert wurde diesbezüglich aber kaum im Weg eines Austauschs von Argumenten, sondern – namentlich seitens der FPÖ und des BZÖ – mit Verbalkeulen. Die Fragwürdigkeit wurde schon darin deutlich, dass der Eindruck erweckt wurde, es gelte gegen den angeblich diktatorischen und zentralistischen, das Ende Österreichs bedeutenden Verfassungsvertragsentwurf zu kämpfen (der Jahre zuvor von der Tagesordnung abgeräumt worden war) oder gegen den Vertrag von Lissabon (der von österreichischer Seite längst ratifiziert war). Die beiden Regierungsparteien hielten sich zu diesen Fragen auffällig zurück, während die Grünen – auch nach dem Zerwürfnis der Parteiführung mit dem europäischen Erzföderalisten Voggenhuber – Sympathie für den Bundesstaat als Endziel erkennen ließen. Was die Umfangsfinalität betrifft, so gab es Kontroversen vor allem über die Aufnahme der Türkei – am Ende standen den diesbezüglich eher positiven Grünen (deren Standpunkt aber auch besagte: jetzt sicher nicht, aber wohl doch später) alle anderen Parteien gegenüber. Eine besondere Position vertrat Hans-Peter Martin, mit der Ablehnung jeder abermaligen Erweiterung (die sonst gerade in Österreich bejahte Aufnahme Kroatiens eingeschlossen). Er betonte, die Europäische Union sei für ein gedeihliches Funktionieren ohnehin schon zu umfangreich.

Insgesamt kann man sich dem Eindruck kaum entziehen, dass die Parteien und Kandidaten selektiv Zielsetzungen, Vorhaben oder negativ besetzte ‚Horrorvisionen‘ angesprochen haben, von deren Vertretung sie sich Stimmengewinne erwarteten, aber zumeist nur in Form von Schlagworten oder Forderungen, für die sie aber auf eine plausible Begründung oder gar eine Erläuterung darüber, wie sie das Proklamierte jeweils durchsetzen wollten oder könnten, verzichteten.

Andererseits gab es eine Reihe von Themen, die in der Diskussion zwischen den politischen Kräften eine Rolle spielten, die sie aber – aus welchen Gründen auch immer – den Wählern nicht zumuten (zur Urteilsbildung vorlegen) wollten; dafür einige Beispiele:

- Die Frage, ob die Union dazu instandgesetzt werden sollte, eine eigene Steuer zu erheben; die ÖVP und die Grünen befürworteten das, die FPÖ und Hans-Peter Martin waren dagegen.⁷⁷ (Eine Transaktionssteuer, etwa im Sinn der Tobin-Tax, also eine ‚Antispekulationssteuer‘ wurde allgemein befürwortet, aber zugleich betont, dass sie nur unionsweit sinnvoll wäre.)

⁷⁷ Die Parteien waren von einer Zeitung nach ihrer diesbezüglichen Position gefragt worden.

- Die eventuelle Nötigung Österreichs durch die Europäische Union, gentechnisch modifizierte Produkte (Saatgut, Lebensmittel) zuzulassen, wurde nicht thematisiert, trotz massiven Interesses der Bürger.⁷⁸
- Die Frage nach der Bedeutung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Gesamtkontext der Integration wurde umgangen, und also auch die Frage, inwieweit die Europäische Union sich als Zivil- oder auch als Militärmacht verstehen und ihren Mitgliedstaaten eine ‚Militarisierung‘ nahelegen oder gar aufgeben soll – trotz der jahrzehntelangen mit der österreichischen Identität verknüpften Debatten über die Neutralität und ihr Verhältnis zur europäischen Integration.
- Ebenfalls mit Stillschweigen übergangen wurden die für Europa- und Innenpolitiker hochbedeutsamen Probleme der EU-Agrarpolitik, und dies, obschon mitten in der Wahlkampfzeit Protestaktionen der Milchbauern die allgemeine Aufmerksamkeit, wenigstens zeitweise, auf dieses Thema lenkten, und wiewohl zur selben Zeit die durchaus kritisierbare Verteilung der EU-‚Agrarförderungen‘ (dass nämlich der Löwenanteil an Nahrungsmittel-Großfirmen ging, nicht an mit Überlebensschwierigkeiten kämpfende Bauern) ein Medienthema war.

Dies alles belegt: Die ‚teaching function‘, die eigentlich einem Wahlkampf zukommen sollte, ist von den Parteien und ihren Kandidaten kaum im Sinn einer problemadäquaten europapolitischen Bewusstseinsbildung wahrgenommen worden (was besonders bedauerlich ist, weil das Parlament in seiner Alltagsarbeit diese klassische Funktion erwiesenermaßen nicht erfüllt).⁷⁹

Ein Vorgang hat das beispielhaft vor Augen geführt: der schlichtweg makabre Höhepunkt des Wahlkampfs in Gestalt der Round-Table-Fernsehdiskussion der Spitzenkandidaten, der ‚Elefantenrunde‘. Die Beobachter waren sich einig:⁸⁰

78 Eine Umfrage ergab, dass 67 Prozent das für eine wichtige Sache hielten – für die Frage des Türkei-Beitritts bejahten das ‚nur‘ 63 Prozent.

79 Verdienste auf diesem Gebiet haben sich erstens einige Organisationen und Einrichtungen erworben, die anlässlich der bevorstehenden Wahlen zu Diskussionsveranstaltungen einladen, an denen indessen in aller Regel nur ohnehin relativ gut informierte Bürger teilnehmen; zweitens gab es eine relativ beachtliche Zahl an Diskussionsveranstaltungen für Jungwähler in Schulen, mit Sachkennern und Kandidaten als Podiumsteilnehmern.

Was die ‚teaching function‘ der Wahlkampfauseinandersetzung betrifft, so ist ein fast amüsanter, aber im Grunde betroffenes Nachdenken anregender Untersuchungsbefund eines transnational zusammengesetzten Forschungsteams bemerkenswert: Die wahlwerbenden Botschaften der konkurrierenden Kräfte stellten an die Adressaten sehr unterschiedliche Verständnis-Ansprüche: die des BZÖ seien für Pflichtschulabsolventen verständlich gewesen; der angemessene Nachvollzug der FPÖ-Parolen erfordere einen Berufsschulabschluss; mit den Argumenten der SPÖ, der ÖVP und der Grünen hätten eigentlich nur Abiturienten oder Angehörige der gymnasialen Oberstufe (Sekundarstufe 2) zu Rande kommen können. Manche Splitterparteien (die Kommunisten, die erstmals antretenden Jungen Liberalen) hätten ihre Programme so formuliert, dass im Grund nur Akademiker die Gedankengänge korrekt begreifen konnten. Es handelt sich um eine Studie, die gemeinsam von einer Forschergruppe der Universität Hohenheim, vom „Communication Lab“ Ulm und vom Team der österreichischen Onlineredaktion „Webworks“ durchgeführt wurde. (Siehe auch Thomas Neuhold: Rechte Parteien leichter verständlich, in: Der Standard, 03.06.2009.) Der Bericht darüber ist jedoch aus mehreren Gründen problematisch: Erstens besagt die ‚Leichtverständlichkeit‘ von BZÖ- oder FPÖ-Aussagen keineswegs ihre sachliche Plausibilität oder gar Richtigkeit, sodass es sich unter Umständen um vordergründig einleuchtende Desinformation handelt (man mag zum Beispiel an die Behauptung denken, die politischen Gegner seien entschlossen, das Ende der Republik Österreich herbeizuführen). Zweitens ist es eine andere Frage, ob selbst Akademiker sich darüber ein sachgerechtes Urteil bilden können, ob es Sinn macht, wenn eine Gruppe zugleich die Schaffung eines echten europäischen Bundesstaates, aber auch die volle Zugehörigkeit der Türkei zu diesem fordert (wie die Jungen Liberalen).

80 Andreas Khol: Der Weg zur Hölle, in: Die Presse, 08.06.2009; Michael Fleischhacker: Warum wir trotzdem zur Wahl gehen sollten, in: Die Presse, 06.06.2009; Wolfgang Böhm: Geschafft, jetzt geht niemand mehr hin, in: Die Presse, 04.06.2009, S. 31; Hans Rauscher: Deutsches Vorbild, in: Der Standard, 04.06.2009.

- Der langjährige Parlamentspräsident Andreas Khol (ÖVP) sprach von der „Rauferei der Giftzwerg“.
- Der Chefredakteur des traditionellen Wiener ‚Intelligenzblatts‘ meinte: „Das Ensemble der Spitzenkandidaten kam [...] beim gemeinsamen Auftritt daher wie der Pfliegertrupp einer Anstalt, in der die letzten Unverbesserlichen von ihrem politischen Interesse kuriert werden sollten.“
- Der EU-Experte desselben Blattes schrieb: „Die Kandidaten boten einen seichten, für Normalbürger völlig absurden Schlagabtausch [...], eine Form der politischen Debatte, in der nicht Sachthemen im Vordergrund standen, sondern gegenseitige Untergriffe, Anschuldigungen, Böswilligkeiten [...]“.
- Der angesehene Doyen der Zeitungskommentatoren meinte über die Diskutanten: Sie „verlieren sich in kleinlichem Gekeife und glauben, dass der Wähler nur populistischen Blödsinn hören will. Die Deutschen sind selten Vorbild, hier aber schon.“

Angesichts dessen versteht sich das Wahlergebnis nicht von selbst. Versuche, die Wahlkampfarena zum Gruselkabinett zu machen oder die Wähler für dumm zu verkaufen, brachten weniger Erfolg als erwartet (oder befürchtet). Die Wahlbeteiligung ist in Österreich sogar gestiegen. Die europaparlamentarischen Wahlkämpfer sind noch einmal davon gekommen – nicht nur die oppositionellen.

Ob dies auch beim nächsten Mal so sein wird – dies steht freilich dahin; vor allem dann, wenn sich das Karlsruher Urteil vom 30. Juni 2009 herumsprechen und Zustimmung finden sollte. Das Bundesverfassungsgericht spricht dem Europäischen Parlament die Befugnis ab, „politische Leitentscheidungen zu treffen“. Solange das Grundgesetz gilt, sei es unzulässig, „dass eine Richtungsentscheidung europäischer Wähler politisch bestimmend zur Wirkung gelangen könne“.⁸¹

Wähler könnte das dazu bringen, zu Hause zu bleiben. Populisten mögen noch mehr versucht sein, die EP-Wahlen für andere Dinge zu missbrauchen. Das immer wieder propagierte Gegenrezept, das Parlament und sein Wirken zu politisieren, weil eben dies dem Wahlkampf und der Wahlentscheidung eine ernsthafte Perspektive gäbe, ist den Karlsruher Richtern nicht geheuer. Die schon oft propagierte Idee, die Parteien sollten nationenübergreifend Spitzenkandidaten ins Rennen schicken, im Blick auf das Amt des Kommissionspräsidenten, liefe ja ebenfalls auf personalisierte ‚politische Richtungsentscheidungen‘ hinaus, ‚Nein!‘ sagt Karlsruhe im Namen der Demokratie.

Was sich da auftut, ist nicht mehr die bloße Kluft zwischen ‚policy determination‘ und ‚symbolischer Politik‘, sondern der Ausblick auf ein absurd werdendes Spiel. Es fällt schwer, die zugrunde liegende Karlsruher Dramaturgie unkommentiert zu lassen.

81 Die zitierten Wendungen wurden von Journalisten und anderen Autoren (z.B. Peter Gauweiler, MdB) dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 30.06.2009 über das ‚Projekt Lissabon‘ zugeschrieben, sie finden sich aber tatsächlich in der Pressemitteilung Nr. 72/2009 der Pressestelle des Bundesverfassungsgerichts, abrufbar unter: <http://bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg09-072.html> (letzter Zugriff: 14.07.2009).